

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich 2.- Reichsmark voraus schicken.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Wort und Bild“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“ „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Beilage“ und „Bild in die Arbeiterwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 25. Februar 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Genosse Löbe schwer erkrankt.

Eine Blinddarmpoperation.

Gestern in den Mittagsstunden wurde im Reichstage bekannt, daß der Reichstagspräsident, Genosse Paul Löbe, plötzlich an Blinddarmentzündung erkrankt sei und sofort operiert werden mußte.

Er fühlte sich bereits am Mittwoch krank, mußte jedoch wegen des von ihm im Präsidentenhaus veranstalteten parlamentarischen Abends das Bett verlassen. Eine von Professor Jondet vorgenommene Untersuchung ergab die Notwendigkeit einer unverzüglichen Blinddarmpoperation.

Die Operation des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe, die gestern nachmittag im Beisein des Genossen Dr. Moses von Herrn Geheimrat Borchardt vorgenommen wurde, fand zwischen 5 und 6 Uhr statt. Sie besaß die Diagnose der Ärzte in vollem Umfange.

Es handelte sich einerseits um alte, schwere Verwachsungen, andererseits um eine felle, aber sehr schwere Blinddarmentzündung mit eitrigen Belegen. Es war auch schon

eine kleine Durchbruchsstelle vorhanden. Die Operation, die drei Viertelsstunden dauerte, nahm einen guten Verlauf.

Um 9 Uhr abends ermachte Genosse Löbe aus der Narkose. Atmung und Puls waren gut, die Temperatur gefallen.

Mitteilung im Reichstag.

Am Ende der gestrigen Reichstags-Sitzung teilte Vizepräsident Esser dem Reichstag die schwere Erkrankung des Genossen Löbe mit folgenden Worten mit:

„Ich habe dem Hause die betrübliche Mitteilung zu machen, daß unser altverehrter Präsident Löbe schwer erkrankt ist und sich einer schweren Operation unterziehen muß.“

Das ganze Haus wird mit mir übereinstimmend in dem schmerzlichen Bedauern über diesen schweren Krankheitsfall; wir sind ebenso einig in dem Ausdruck der Hoffnung, daß Herr Löbe die Operation glücklich überstehen wird und bald wieder mit voller Gesundheit seine Pflichten erfüllen kann.“

Das Haus nahm die Wünsche für Genossen Löbe mit lebhafter Zustimmung entgegen.

Chinadebatte im Völkerbundsrat?

Genf, 24. Februar. (Eig. Drahtber.) Der chinesische Vertreter beim Völkerbund hat dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß die Peking-Regierung die englische Note vom 8. Januar kurz vor oder während der Märztagung des Völkerbundes beantworten werde, weshalb man in hiesigen englischen Kreisen annimmt, daß Chamberlain zur Märztagung kommen wird.

Mündernde „Ordnungs“-Truppen.

Schanghai, 24. Februar. (Neuter.) Die Truppen Suntschuanfongs plündern die Reislager und Seidenmanufakturen in Sungkiang. Zahlreiche Soldaten wurden bereits von ihren eigenen Führern enthauptet, die sich angesichts des Vormarsches der Südruppen bemühen, die Manneszucht aufrecht zu erhalten.

Neuer Wahlsieg in England.

Die Arbeiterpartei erobert einen Sechstel der Regierungspartei.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Nachwahl in Stourbridge am Mittwoch, welcher Wahlkreis bisher als einer der festesten der konservativen gegolten hat, endete mit dem überwältigenden Sieg der Arbeiterpartei. Konservativer und Arbeiterpartei haben, was die Anzahl der für ihre Kandidaten abgegebenen Stimmen anlangt, die Rollen vertauscht, denn in der Nachwahl, die der sozialdemokratische Kandidat Welloc im Zeichen der China- und der Sozialpolitik der Regierung ausfocht, erhielt die Arbeiterpartei noch 656 Stimmen mehr als die konservativen bei der letzten Wahl Stimmen erhalten hatten; die Arbeiterpartei hat nun 3000 Stimmen Vorsprung (relative Mehrheit).

In der konservativen Partei wird der Verlust des Wahlkreises Stourbridge, der an den Wahlkreis des Ministerpräsidenten Baldwin angrenzt und bisher stets für bombensicher gegolten hatte, als die ernsteste Niederlage der konservativen angesehen, welche sie seit Antritt des Kabinetts Baldwin erlitten haben.

Chamberlains Leitartikel-Note.

London, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Chamberlains Note an Rußland hat trotz der freundlichen Worte der Regierung nachstehenden Presse auch die Konservativen nicht befriedigt. Die Rechtskonservativen hegen zum Abbruch mit Moskau und sind über die Note, die nur einen Protest enthält, erbittert. Die Arbeiterpartei bedauert lebhaft die Note als eine Erschwerung der ohnehin schon gespannten Beziehungen zu Rußland. Genosse MacDonald äußerte sich einem Korrespondenten gegenüber dahin, daß die Note eher den Eindruck eines Leitartikels und nicht den einer diplomatischen Note mache. Die Regierung habe die große Gefahr heraufbeschworen, die Tätigkeit der Moskauer Agenten gegen Großbritannien noch zu verschärfen.

Putschpläne in Deutschösterreich.

Oberkapitän Vabst in Wien.

Wien, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Frontkämpfer und Heimatwehr haben auf einer Konferenz in Salzburg zwar die Führerschaft gestritten, aber doch gemeinsam für den 6. März große Veranstaltungen, angeblich gegen Korruption, aber in Wahrheit zur Putschvorbereitung beschlossen. Der Obermarch des Berliner Kapp-Putsches, Hauptmann a. D. Vabst, ist mit dem Tiroler Heimatwehrführer Dr. Stieble in Wien eingetroffen.

Die Arbeitslosenversicherung.

Englisches und deutsches System.

Im Herbst 1925 reiste auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums eine Kommission, bestehend aus Vertretern dieses Ministeriums, der Gewerkschaften und der Unternehmer, durch England und Schottland, um die britische Arbeitslosenversicherung zu studieren. Es gab mancherlei zu sehen und zu lernen. Daß es bei den Regierungsvertretern nicht auf besonders fruchtbaren Boden gefallen ist, zeigt der Regierungsentwurf über die Arbeitslosenversicherung.

Das englische System geht aus von der Sicherung eines gewissen Existenzminimums. Es differenziert zwischen Männern und Frauen; innerhalb der Geschlechter wird dann nur noch ein Unterschied gemacht zwischen Personen von 14 bis 16 Jahren, von 16 bis 18 Jahren und über 18 Jahre. Diesen Einheitsätzen an Unterstufungen stehen feste Einheitsbeiträge gegenüber.

Die englische Arbeitslosenversicherung will also keinen Ertrag für das ausfallende Arbeitsentgelt im Falle der Arbeitslosigkeit bieten; ihr Grundgedanke ist die Bewährung eines Existenzminimums. Sie kennt deshalb auch kein Lohnklassensystem, das unentbehrlich ist für die Errechnung der Arbeitslosenunterstützung, wenn diese Ertrag für das ausfallende Arbeitsentgelt sein soll. Die Konsequenz der englischen Methode ist die Bemessung der Unterstützung in einer Höhe, die den vollleistungsfähigen männlichen oder weiblichen Arbeitnehmer auch die Existenz ermöglicht. Diese Grenze ist im englischen System mit der Erreichung des 18. Lebensjahres gegeben. Wer dieses Alter überschritten hat, erhält bereits eine Unterstützung, die in allen Fällen wesentlich höher ist wie die Versicherungsleistungen, die der deutsche Regierungsentwurf für die höchste Lohnklasse vorsieht. Das ist kennzeichnend für diesen Regierungsentwurf.

Ebenso charakteristisch ist ein Vergleich über die Lastendeckung der Versicherungsleistungen. Im englischen System feste Beiträge, gestaffelt nach den eingangs erwähnten Gesichtspunkten einer Unterscheidung nach Geschlecht und Alter, mit der Tendenz, Arbeitgeber und Staat stärker zur Lastendeckung heranzuziehen. Der deutsche Regierungsentwurf begrenzt zwar auch die Höhe der Beiträge durch die Vorschrift, daß der Reichshöchstlohn 3 Proz. des für die Bemessung maßgebenden Arbeitsentgelts nicht übersteigen darf, ohne jedoch seinen Grundgedanken, Ertrag für das ausfallende Arbeitsentgelt bieten zu wollen, selbst in diesem Rahmen durchzuführen. Die Versicherten können also bis zu 3 Proz. ihres tatsächlichen Arbeitsentgelts zur Beitragsleistung herangezogen werden. Davon entfällt je die Hälfte auf den Arbeitnehmer und seinen Arbeitgeber. Dieser Höchstbeitrag wird für absehbare Zeit, wie bisher, der zur Erhebung kommende Beitragssatz sein, weil mit einem geringeren Beitragssatz die Versicherungsleistungen nicht gedeckt werden können und selbst bei einem erheblichen Rückgang der Arbeitslosigkeit dann aus den Beiträgen erst der Restpost angeammelt werden muß, den die Regierung auf 75 Millionen veranschlagt. Und so ist das Schlussergebnis eines Vergleichs für die deutschen Arbeitnehmer: höhere Beiträge für die höher bezahlten Arbeiter und Angestellten und niedrigere Leistungen in allen Fällen.

Hier ist der zahlenmäßige Nachweis, für England umgerechnet nach deutschem Geld, alles pro Woche geltend:

Beiträge und Leistungen in England.

Table with 5 columns: Category, Arbeitneh. Beitrag, Arbeitgeber Beitrag, Staat Beitrag, Gesamtbeitrag, Unterst. Leistung. Rows include Männer über 18 Jahre, Verheiratete ohne Kinder, männl. Jugendl. unt. 18 J., Frauen über 18 Jahre, Weibl. Jugendl. unt. 18 J.

Diese Unterstützungssätze werden gezahlt, gleichgültig, wie hoch oder wie niedrig das letzte Arbeitseinkommen war. Es ist gleichsam ein staatlicher Schutz gegen Schundlöhne und Schundgehälter.

Was das für deutsche Verhältnisse bedeuten würde, zeigen die Ergebnisse der Erhebung in der Erwerbslosenfürsorge vom 2. Juli 1926. Von dieser Erhebung wurden 1594300 Hauptunterstützungsempfänger erfaßt, davon hatten 182238 im Alter von 18 Jahren und darüber ein Arbeitseinkommen von höchstens 18 M. in der Woche. Wie sich das auf die Verheirateten ohne Kinder und mit 2 Kindern auswirken würde, läßt sich ziffernmäßig nicht feststellen, weil in den statistischen Nachweisen in der Begründung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nur die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 18 Jahren und darüber angegeben ist. Unstreitig würde auch bei diesen Gruppen für eine erhebliche Anzahl das frühere Arbeitseinkommen unter den englischen Unterstützungssätzen bleiben. Von der Gesamtzahl erreichten 848154 einen Wochenlohn von höchstens 23 M., 517281 von

Sozialdemokratie gegen Mietsteigerung.

Vorgehen im Reichstag und im Landtag.

Die amtliche Mitteilung, daß das Reichskabinett beschlossen hat, die gesetzliche Miete ab 1. April um 10 Proz., ab 1. Oktober um weitere 10 Proz. zu erhöhen und es den Entwurf einer Verordnung dieses Inhalts bereits dem Reichsrat zugeleitet hat, gab der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags Veranlassung, sofort einen Interpellationsentwurf einzubringen, der eine Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken bezweckt. Der Entwurf bestimmt, daß die Miete von 100:100 der Friedensmiete bis zum 31. März 1928 nicht überschritten werden darf.

Gleichzeitig hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu ersuchen, den dem Reichsrat zugeleiteten Entwurf einer Verordnung zurückzuziehen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat folgende „Große Anfrage“ eingebracht:

Wart amtlicher Meldung hat die Reichsregierung einer Verordnung zugestimmt, durch die die Miete am 1. April um 10 Proz. und am 1. Oktober nochmals um 10 Proz. erhöht werden soll. Zur Begründung wird ausgeführt, daß damit die Voraussetzungen für die spätere Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft geschaffen werden sollen. Eine Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft hat aber zur Voraussetzung, daß vorher durch entsprechende Neubautätigkeit der zurzeit bestehende Wohnungsmangel beseitigt wird. Wir fragen deshalb:

Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um zu erreichen, daß die erhöhte Miete restlos zur Schaffung neuen Wohnraums verwendet wird und nicht etwa teilweise zur Bereicherung der Hauseigentümer dient?

Streikschluß in Schanghai.

Widerruf des Köpf-Erlasses.

London, 24. Februar. (Eig. Drahtber.) Der Generalstreik in Schanghai ist am Donnerstag von der Gewerkschaftsleitung beendet worden. Ein Manifest der Gewerkschaften sagt, daß der fünfjährige Generalstreik durch die Selbstaufopferung der Arbeiter mit bedeutendem Erfolg endete. Die Gewerkschaftsleitung habe sich infolge der zahlreichen Appelle der Kaufmannschaft entschlossen, den Streik zu beenden, aber das bedeute nicht, daß der Kampf der Arbeiter nun zu Ende sei.

Der Verteidigungsausschuß von Schanghai widerruft seine Verordnung, so daß alle Personen, welche öffentliche Reden halten, Handzettel verteilen oder sonstige aufrührerische Handlungen begehen, nicht mehr hingerichtet seien. Er stellt fest, daß durch die vielen Enthauptungen er „selbst tief erschüttert“ sei. Er fordert die Arbeiter auf, wieder ihre geregelte Arbeit aufzunehmen.

Kantonarmee 80 Kilometer vor Schanghai.

London, 24. Februar. (Eig. Drahtber.) Die Kantonarmee hat am Donnerstag auf ihrem Vormarsch an der Eisenbahnlinie Schanghai-Tientschu die Stadt Tientschu besetzt — nur 80 Kilometer von Schanghai entfernt. Die am Mittwochabend von einem britischen Nachrichtenbureau verbreitete Nachricht, daß die britischen Truppentransportdampfer „Retovic“ und „Karmalan“ in Hingkong stationiert werden sollen, bewahrheitet sich nicht, denn die Schiffe befinden sich bereits auf der Fahrt nach Schanghai. Der Truppentransportdampfer „Chaumow“ hat in Schanghai 1200 Mann amerikanische Marineinfanteristen gelandet.

höchstens 27 M. Das ist gleichzeitig ein interessanter Beitrag zum deutschen Lohnniveau.

Welche Beiträge und Leistungen enthält nun der deutsche Regierungsentwurf für eine Arbeitslosenversicherung? Für den nachstehenden Vergleich sind die Beiträge vom vorgeschlagenen Einheitslohn, nach dem sich die Unterstützung bemisst, errechnet. Danach ergibt sich pro Woche folgendes:

#### Beiträge und Leistungen in Deutschland.

Klasse	Arbeitsgeber	Arbeitnehmer	Zugewandt	Unterstützung
I	18 Pf.	18 Pf.	36 Pf.	5,40
II	23	23	46	6,75
III	32	32	64	8,40
IV	41	41	82	10,80
V	50	50	100	13,20
VI	59	59	118	15,60
VII	68	68	136	18,00

Und nun vergewenwärtigen wir uns: Jeder ledige männliche Arbeiter über 18 Jahre erhält in England pro Woche 18 M. Unterstützung; dieser Satz wird in Deutschland noch nicht einmal in der höchsten Beitragsklasse erreicht, er bleibt um 3,30 M. zurück. Es wird auch nicht einmal in der höchsten Klasse der Unterstützungslage erreicht, den jede arbeitslose ledige Frau über 18 Jahre in England erhält. Bei den Verheirateten ohne Kinder das gleiche Bild. In England Mindestunterstützung 23 M., in Deutschland in der höchsten Klasse 16,80 M.; bei Verheirateten mit 2 Kindern in England 27 M., in Deutschland in der höchsten Klasse 21 M.

Das deutsche System will Ersatz für ausfallendes Arbeitsentgelt sein; es ist in Wirklichkeit Zwang zum Lohnraub. Dieser Zwang wird erreicht auf zweierlei Art: der Prozentfuß, der für die Errechnung der Unterstützung maßgebend ist, wird niedrig gehalten und die höchste Lohnklasse endet bereits bei einem Einheitslohn von 42 M. Damit wird aber auch der Grundgedanke, daß die Versicherung Ersatz für ausfallendes Arbeitsentgelt sein soll, praktisch wirkungslos gemacht. Das alles segelt dann unter der berühmten Marke: Erhaltung des Arbeitswillens. England schüßte seine Arbeitslosen davor, als Lohnräuber zu wirken, die deutsche Bürgerbüroregierung will sie dazu zwingen. In den Rahmen dieses sozialfeindlichen Verhaltens paßt es durchaus, daß zwar die Leistungen bei einem Einheitslohn von 42 M. aufhören, die Beiträge jedoch steigen, weil sie auch vom tatsächlichen Arbeitsverdienst zu erheben sind. Legt man die bereits erwähnte amtliche Erhebung zugrunde, dann kommen rund 25 Proz. in Frage, deren Beiträge zwar steigen, ohne daß sie jedoch damit Anspruch auf höhere Leistungen erwerben. Bei einem monatlichen Arbeitseinkommen von 500 M. sind 15 M. Beitrag zu zahlen, die Unterstützung errechnet sich jedoch pro Woche von einem Einheitslohn von 42 M.

Der hier durchgeführte Vergleich zeigt, welche grundlegenden Änderungen notwendig sind, um einen ausreichenden Arbeitlosenbeschutz zu gewährleisten.

## Die Erwerbslosenversicherung.

### Das Einzugsverfahren vor dem Ausschuss.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags fand Mittwoch und Donnerstag eine eingehende Aussprache über das zu wählende Beitragsverfahren statt. Abg. Hoch (Soz.) erklärte, daß seine Fraktion nach Prüfung die Einziehung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung in Verbindung mit der Angestellten- und Invalidenversicherung nicht befürworten könne. Die Schaffung eines selbständigen Einzugsverfahrens müsse davon abhängig gemacht werden, ob die daraus entstehenden Verwaltungsarbeiten tragbar sind. Der weitere Vorschlag, die Einziehung durch die Finanzämter in Verbindung mit der Lohnsteuer vorzunehmen, müsse einmal von der Regierung durchgeprüft werden. Nach alledem sei die Sozialdemokratie bereit, zunächst in der ersten

Lesung das in der Vorlage vorgesehene Einzugsverfahren durch die Krankenkassen vorläufig den Beratungen zugrunde zu legen. Die Einziehung der Beiträge durch die Krankenkassen sei allerdings voraus, daß vor der Verabschiedung der Arbeitslosenversicherung eine Reform der Reichsversicherungsordnung zustandekommt, die in folgenden vier Punkten eine Neuregelung bringt:

1. Gleichstellung der Versicherungspflichtgrenze bei der Kranken- und Angestelltenversicherung und Feststellung der Sonderleistungsbedingungen für die höheren Angestellten.  
2. Anpassung der Beiträge und Leistungen an den vollen Arbeitsverdienst.  
3. Klärung der Ertragskassenfrage, wenn nicht anders durch Neuverteilung der zuzulassenden Ertragskassen.  
4. Abg. Pfeiffer (D. Sp.) wünschte ebenfalls bis zur zweiten Lesung die Möglichkeit eines Verfahrens bei den Finanzämtern prüfen zu lassen.

Auch die übrigen Fraktionen behielten sich die endgültige Entscheidung bis zur zweiten Lesung vor. Mit diesem Vorbehalt wurde zunächst die Regierungsvorlage angenommen.

Abg. Kufhäuser (Soz.) begründete einen Antrag, nach dem sich diejenigen Arbeitnehmer, die wegen Leberchreidens der Versicherungsgrenze aus der Versicherungspflicht auscheiden, freiwillig weiterversichern können. Schneider (Dem.) unterstützte den Antrag, während sich Thiel (D. Sp.) und Combach (Dnat.) zunächst dagegen wandten. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Combach, verschärfte für den Antrag stimmen zu wollen, um fünf Minuten später, nach einer Einflüsterung durch den Regierungsoberreferenten Weigert, seine Zustimmung wieder zurückzuziehen. Der Antrag auf Weiterversicherung wurde dann durch die Regierungsparteien abgelehnt.

## Ein „Fall Scheer“ in Algier.

### Der deutsche Admiral a. D. darf den französischen Boden nicht betreten.

Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, ist dem Admiral Scheer, der auf einem deutschen Dampfer eine Mittelmeerfahrt machte, im Hafen Algier als einzigem Passagier das Betreten des französischen Bodens verboten worden.

Admiral Scheer sieht auf der Auslieferungsliste. Wollten sich die französischen Behörden durch ihr Verbot selber vor dem Zwang zu einer noch größeren Eskalation schützen? Gab es kein anderes Mittel, einen zweiten Fall Raubhaus zu vermeiden?

Es ist doch höchste Zeit, mit den Rückständen menschlicher Aberration aus der Kriegs- und Nachkriegszeit gründlich aufzuräumen. Nachdem die Schwerter längst wieder in den Scheiden sind, stecke man gefälligst auch die Kadeten in den eigenen Koffkragen!

## Breitscheid über Bürgerblock-Außenpolitik.

### Erklärungen an den Pariser „Soir“.

Paris, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Sonderberichterstatter des „Soir“ in Berlin setzte am Donnerstagabend die Reihe seiner Berliner Interviews mit einer Erklärung fort, die ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid abgegeben hat. Die Sozialisten werden Breitscheid zufolge das gegenwärtige Robinnett leidenschaftlich bekämpfen. Trotzdem dürfe man nach seiner Ansicht die geheimen Absichten der Nationalisten nicht übertreiben. Sie gingen hauptsächlich darauf aus, Vorteile innerpolitischer Art herauszuschlagen und hätten sich deshalb zu einigen Konzessionen in der Außenpolitik herbeigelassen. Ein Widerstand gegen die gegenwärtige Außenpolitik würde ihnen auch gar nichts nützen, denn die arbeitenden Massen beider Völker wünschten die gegenseitige Annäherung. Aber das deutsch-französische Annäherungsproblem sei solange schwierig zu lösen, als Frankreich das Rheinland besetzt halte. Diese Besetzung liefere den Nationalisten beider Länder den besten Propagandastoff.

Auf die Frage des Journalisten, ob er nicht noch andere Sündstoffe in der internationalen Politik Europas kenne, weist Breitscheid auf Polen hin. Auch Italien gebe Anlaß zu allerhand Befürchtungen, denn es befinde sich gegenwärtig in einer Krise des schärfsten Imperialismus. Was endlich Rußland anbelangt, so habe man die Komplexität der Sowjets

bei verschiedenen nationalistischen Manifestationen speziell in der Angelegenheit der Reichswehr feststellen können.

Auf die Schlussfrage des Journalisten, ob Deutschland in der Tat entwaffnet sei, antwortete Breitscheid: Die deutsche Ausrüstung ist in der Tat vollkommen. Es liegt darin keinerlei Uebertreibung. Die nationalistischen deutschen Verbände stellen nur eine innere Gefahr speziell für das deutsche Proletariat dar. Aber auch hier dürfe man nicht übertreiben. „Alle Rudendorfs“, schloß Breitscheid, „wissen ganz gut, daß, wenn sie versuchen würden, einen neuen Kapp-Putsch zu unternehmen, die deutsche Arbeiterklasse noch einmal es verstehen würde, sie zur Vernunft zu bringen.“

## Heute so, morgen anders.

### Wortbruch der Berliner Studentenschaft.

Vom „Verband sozialistischer Studenten“ wird uns gemeldet:

In der gestrigen Sitzung der Berliner Studentenschaft wurde gegen die Stimmen der Linksgruppen ein Antrag des Waffentings, der deutschen Gruppe der Korporation und der Finkenstaffel angenommen, durch den die Berliner Studentenschaft feststellt, daß sie freiwillig ihre Zugehörigkeit zur deutschen Studentenschaft nicht aufgeben wird. Indem sie zugleich die Unterschrift ihres Vertreters unter das Schreiben der preußischen Studentenschaften, dessen Wortlaut in krassem Widerspruch zu dieser Erklärung steht, billigte, brachte sie ihren Vertreter in den peinlichen Verdacht, die feinerzeitige Zustimmung wider besseres Wissen geleistet zu haben, und zugleich setzte sie sich der vom Redner der sozialdemokratischen Fraktion erhobenen Feststellung aus, daß sie ihr Wort gebrochen habe. Am 13. d. M. haben die Studentenschaften erklärt, falls die Frage der Zustandsbedeutung nicht gütlich bereinigt werden könnte, bis zum 1. Oktober die Forderungen zu ziehen, das nicht anders verstanden werden konnte, als daß sie bereit sei, zu diesem Termin freiwillig aus der deutschen Studentenschaft auszuschcheiden, wie dies auch in der Verlautbarung des Amtlichen Preussischen Pressebüros festgelegt wurde. In dieser Feststellung hat, wie wir zu wissen glauben, auch Herr Bauer, Vertreter der deutschen Studentenschaft, mitgewirkt.

Die Studenten haben ihr gegebenes Wort gebrochen. Am Minister ist es, ihnen eine deutliche und klare Antwort zu geben.

## Nicaragua - Unionskolonie.

### Ein Vertragsvorschlag des Usurpators Diaz.

Managua, 24. Februar. (W.B.) Präsident Diaz hat die Grundzüge der für Washington bestimmten Vertragsvorschläge bekanntgegeben. Hiernach sollen die Vereinigten Staaten die Unabhängigkeit Nicaraguas entsprechend den feinerzeit zwischen Staatssekretär Bryan und dem damaligen Präsidenten Chamorro abgeschlossenen Vertrag garantieren. Die Kanalrechte Amerikas bleiben bestehen. Die Vereinigten Staaten sollen keine Vorzugsbehandlung genießen, wohl aber sollen Vortehrungen zum Schutz Nicaraguas durch die Vereinigten Staaten für die Dauer von hundert Jahren getroffen werden. Nicaragua überträgt den Vereinigten Staaten für 400 Jahre das Recht, die Entwicklung des Landes in der Weise in die Hand zu nehmen, daß die finanzielle Wiederherstellung und die öffentliche Gesundheitspflege gewährleistet sind. Zwei Amerikaner sollen eine Finanzkontrolle über das Land ausüben für die Zeit der Rückzahlung der Schulden von Nicaragua einschließlich einer neuen Anleihe in Höhe von 4 Millionen Dollar, die zum Bau von Eisenbahnen verwandt und unter amerikanischer Garantie gewährt werden soll. Eine unter amerikanischen Marineoffizieren stehende Polizei soll die Armee ersetzen.

Die Opposition im südamerikanischen Parlament trug während einer Rede des von ihr bekämpften Innenministers Ramirezoffisch einen nachdenklichen Mann herein, den Belgrader Politikisten aus nächster Nähe fürchtbar mißhandelt hatten. Der Anblick seiner Wunden entrüstete viele Abgeordnete so, daß es wüsten Lärm gab und die Sitzung abgebrochen werden mußte.

## Die Köpfe in den Käfigen.

Von Hans Bauer.

Die Philosophen zerbrochen sich seit reichlich 3000 Jahren den Kopf darüber, was es mit Tod und Leben auf sich habe. Es ist soviel nicht herausgefunden worden, und wir sind letzten Endes heute nicht viel weiter als die Gräber aus verlassenen Zeiten. Aber was der Verstand der Verständigen nicht zu durchschauen vermag, das hat schon immer die Einfalt der Unverständigen durchschauen. Die Militärs wissen es genau, was Leben, was Tod bedeutet. Das Leben: ein Energiereservoir für Todesverhängungen. Der Tod: Anschauungsmaterial für die Lieberlebenden.

Es wird bezweifelt werden müssen, daß der chinesische General Li sich dessen recht bewußt ist, wozu Menschenhirne, Herzen, Hände noch taugen, außer dazu, sich in den Dienst der Vernichtung zu stellen. Dafür ist er aber bestens über die Verwendungsmöglichkeiten Toten unterrichtet, mit denen wir anderen in der Regel nur wieder nichts anzufangen wissen, als sie in stiller Ergriffenheit in die kühlen Gruben zu senken.

Der weiße General arbeitet rationell, er ist ein Zweckmäßigkeitsfanatiker. Er hat viele Köpfe abschlagen lassen, aber er hat sich nicht damit zufrieden gegeben, daß jedes vom Körper getrennte Haupt eine Stirn vernichtete, die für den Gegner arbeitete. O nein, es ist mehr herauszuholen aus einem Leichnam. Militärs pflegen verschwendendsterlei mit Lebenden umzugehen, aber mit den Gerichteten knaupert Li. Er begnügt sich keineswegs damit, seine Gegner aus der Welt geschafft zu haben. Im Tode haben sie noch eine Mission zu erfüllen, die sie bei Lebzeiten zu erfüllen sich geweigert hatten: sie müssen für ihn wirken. Die abgeschlagenen Köpfe sperrt er in hölzerne Käfige ein und stellt sie zur Schau. Das sinnlos gemordete Leben bekommt nun doch seinen Sinn: den der Plakatwirkung, den der Agitationsrede. Es muß ihm alles zum besten dienen, dem General: noch das dunkle Urgeheimnis des Schauderns, das vom erstarrten Leib ausgeht, das weiß er für seine Sache zu nützen, für sich in Rechnung zu stellen. Was in den Bereich seiner Schutzmassen gelangt, mobilisiert er für den Schutz der Interessen, denen er dient. Aber die Dinge und Menschen, deren er habhaft werden kann, die reichen nicht aus, um die Gefahr zu bannen. Kanton ist im Vormarsch. Da spannt er auch die jenseitige Welt vor seinen Karren... das hoffetsvolle Lächeln des Todes. Bergerrie Gesicht, gebrochene Augen: Was ihr aus Erden zu bestellen hatten, das war mit dem tödlichen Schwertstreich des Henkers nicht erledigt. Für eure Väter, Mütter, Kinder, Brüder gingt ihr hinüber in das ferne Wunderland. Nicht aber für den General, den ihr haßt. Er braucht euer blaßes Haupt, euren durchschnittenen Hals. So seid ihr ihm gerade recht. So hat er sich euch immer gewünscht. Ihr habt nun einen Wert für ihn bekommen, den er bislang an euch vermisse... ihr seid eingegliedert in die Front, ihr erfüllt eure Spezialaufgabe, und

es besteht keine Gefahr, daß ihr ausbrecht aus Reich und Glied und von neuem rebelliert.

Der General kennt keinen Selbstwert des Lebens, das liegt in der Weltanschauung der Generale. Fleisch und Blut, schlagende Herzen, klopfende Schläfen sind Material für ihn: Bedienungsmaschinen für Kanonen, Gewehre und Flammenwerfer. Er numeriert das und legt es ein. Und doch hat selbst der harte General es gefühlt, daß Seelisches ausgehen kann vom Menschen, daß er auch Gemütswerte auszustrahlen vermag. Man muß ihn zu diesem Betruße freilich hindrücken und ihn dann in einen Käfig sperren.

Da haben nun Konfusius und Laotse schöne und große Worte über den Frieden des Todes gesprochen. Aber man sieht's wieder einmal, daß solche Leute doch nur Wortmacher sind, deren letzten Erkenntnissen jeder beliebige General seine tiefere Kenntnis der Dinge aus der Praxis militärischer Notwendigkeiten entgegensehen kann.

Wenn Gold soviel wie Ehm wert ist... Wir leben in einem Zeitalter, in dem die Wissenschaft die erstaunlichsten Fortschritte macht und uns mit immer neuen Taten überrascht. Solche Erfolge regen natürlich auch die Phantasie an, die für die nahe Zukunft noch viel größere Wunder voraussetzt. Ein angehender amerikanischer Chemiker, Prof. J. F. Norris von der Universität Massachussets, hat eine solche Prophezeiung gemacht, bei der er sich aber durchaus „in den Grenzen des Möglichen“ hält. Er erwartet eine Umgestaltung aller unserer Weltanschauungen von den Ergebnissen der Atomforschung, die durch Zertrümmerung der Atome den Aufbau der Moleküle zu neuen Substanzen herbeiführen wird. Viele lebende Chemiker erinnern sich noch an die Zeit, da das bloße Vorhandensein von Atomen nur als unbewiesene Hypothese galt. Nun können sie gezählt und wenigstens einige von ihnen in einfachere Einheiten zerteilt werden. Norris glaubt fest daran, daß Mittel gefunden werden, um die Atome aller Elemente zu zerteilen und diese Teile zu anderen Verbindungen zusammenzufügen. Durch diese Verwirklichung der kühnsten alchimistischen Träume wird unser gegenwärtiges Weltbild zerstört. Das jetzige Wirtschaftssystem, das auf den Wert der seltenen Substanzen, wie Gold, Platin usw. aufgebaut ist, wird verschwinden und muß durch eine andere Wertschätzung abgelöst werden, die einen tieferen Sinn hat, wie z. B. durch den Wert der menschlichen Arbeit. Wenn jeder Stoff der Natur in einen anderen umgewandelt werden kann, dann ist der Ehm ebenso viel wert wie Gold, und Metalle oder andere Substanzen, die wegen ihrer Seltenheit nur in beschränktem Maße verwertbar waren, können dann unbefränkt am präzisesten ausgenutzt werden. Eine noch größere Umwälzung aber dürfte die Verwendung der Atomenergie hervorzubringen, wenn es erst einmal gelungen ist, die ungeheuren Kräftequellen der Atome zu verwenden. Die Chemie der Moleküle, die fast 200 Jahre alt ist, aber erst in den letzten fünfzig Jahren viele Geheimnisse des Aufbaus der organischen Stoffe enthüllte, wird allmählich so weit kommen, die wichtigsten natürlichen Stoffe künstlich darzustellen, und so eröffnen sich die phantastischen Aussichten für die Zukunft, die nach der Ansicht des amerikanischen Gelehrten gar nicht mehr so fern ist.

Der Umbau des Berliner Opernhouses. Wie eine Korrespondenz aus dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erzählt, freht man mehr fest, daß die baulichen Änderungen, die vielfach befürchtet worden sind und zuerst auch geplant waren, im Zuschauerraum des Opernhouses, unter den Böden, nicht ausgeführt werden sollen. Man wird sich nunmehr darauf beschränken, unter vollkommener Schonung des bisherigen Raumindrucks leichte Verschiebungen der Plätze am Proszenium vorzunehmen. Der bauliche Bestand des Hauses soll dabei auf jeden Fall unberührt bleiben.

Die Bevölkerung der Sowjetunion. Nach den Angaben des Leiters der Statistischen Zentralstelle, Ossinski, über die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung in der Sowjetunion im Jahre 1926 beträgt die Einwohnerzahl der Sowjetunion 144 805 000 Personen, während das gegenwärtige Gebiet der Sowjetunion im Jahre 1897 von 104 100 000 und im Jahre 1914 von 135 600 000 Personen besiedelt war. Auf Sowjetrußland entfallen davon 97 000 000 Personen, d. h. 67 Proz. der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion, auf die Ukraine 28 879 000 Personen oder 20 Proz. der Gesamtbevölkerung, auf Transkaukasien 5 791 000 (4 Proz.), auf Weißrußland nebst dem von Sowjetrußland abgetretenen Gebiet 4 226 000, auf die UdSSR-republik nebst Tadschikistan 4 562 000 und auf Turkmenien 987 000 Personen.

Der Typhus in Afrika. Eine verheerende Typhusepidemie, die bis zur Stunde nach vorläufiger Schätzung mindestens 600 000 Opfer gefordert haben soll, durchzieht den dunklen Erdteil von Westen nach Osten; der Tod hält in einem Gebiet, das sich über 5000 Km. erstreckt, fürchterliche Ernte. Die Seuche, die langsam und schiebend vordringt, kommt aus den brüchlichen Besiedlungen in Westafrika, aus der Gegend des Niger und des Tschadsees. Zum ersten Male ist sie in Madag vor nunmehr sechs Jahren festgestellt worden. Die genaue Ziffer der Todesfälle ist nicht bekannt; Einzelangaben mögen einen Begriff von dem Wüten des Typhus vermitteln: In Brni sind ihm 50 000 Menschen erlegen, eine Zahl, die in Kato am Niger noch weit übertraffen wird. Im September des vergangenen Jahres hatte die Seuche Darfur im angloägyptischen Sudan erreicht. Zurzeit wüthet sie in den Bezirken von Jalingo, Koyka, Korbobio; die Behörden von Jalingo melden schon jetzt 10 000 Tote bei einer Bevölkerung von 45 000 Seelen. Außerdem verunstaltet die Epidemie den mittleren Sudan.

Der neue Gattling der Comédie Française. Am 5. März wird von Mitgliedern der Comédie Française unter persönlicher Leitung des Direktors M. Charles Dejeaux ein für wenige Tage berechnetes Ensemble-Gattling im Theater des Vieux Colombien stattfinden.

Leo Klenberg wird auf Einladung der Bolschewiki anlässlich des 100. Todestages Beethovens im Bürgeraal des Rathhauses drei Vorträge über Beethovens Leben und Schätze halten. Die Vorträge finden Sonntag, den 25. Februar, und Montag, den 7. und 14. März, abends 8 Uhr statt.

Die nächste Radiostation der Welt. Auf der nördlichen Spitze der Insel Kamaja Semlja wird die Sowjetregierung demnächst eine Radiostation einrichten lassen, die nördlichste in der ganzen Welt. Da von Sowjetrußland aus die Polarregionen auf dem Luftwege erschloß werden sollen, so wird dieser Station künftig eine große Bedeutung zukommen.

# Die Reform des Strafgesetzbuchs

Vor der Entscheidung der Justizbehörden. — Bis zum April Fertigstellung des endgültigen Entwurfs.

Vor dem Rechtsausschuss des Landtags hielt am Donnerstag auf Antrag des sozialdemokratischen Landtagsfraktion der Generaldirektor der Justizverwaltung für den Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs im Reichsrat, Ministerialrat Schäfer, ein mehrstündiges Referat über den Stand der Arbeit. Der Entwurf des neuen deutsch-österreichischen Strafgesetzbuchs ist im Sommer 1925 dem Reichsrat vorgelegt worden. Nach Erstattung der Gutachten durch die Justizverwaltungen der einzelnen Länder hat ein engerer Ausschuss, bestehend aus einem Vertreter des Reichs, Preußens, Sachsens, Österreichs und dem Oberreichsanwalt Ebermayer, den Entwurf durchgearbeitet. Der Reichsrat selbst hat noch im vorigen Jahre die erste Lesung beendet. Am 4. März 1927 treten die Chefs der Justizverwaltungen der Länder zusammen, um die noch strittigen grundsätzlichen Fragen zu entscheiden. Im April wird der endgültige Entwurf an den Reichsrat gelangen, damit noch dieser Reichstag ihn verabschiedet.

## Abweichungen vom geltenden Strafrecht.

Der neue Entwurf weicht von dem geltenden Strafrecht in vier Hauptpunkten ab. Er rückt erstens an Stelle der Tat die Persönlichkeit des Täters in den Vordergrund und erweitert zweitens das freie richterliche Ermessen ganz bedeutend. Er schafft drittens stärkere Sicherungen der Gesellschaft gegen Gewohnheitsverbrecher und führt deshalb viertens neben der Strafe Maßnahmen zur Besserung und Sicherung ein. Was die Beurteilung des Täters anbetrifft, so soll das Gericht in Zukunft den Hauptwert darauf legen, wie weit die Tat pervertierten Willens und Gesinnungsrichtungen entspricht oder wie weit andererseits ihre Ursachen dem Täter nicht zum Vorwurf gemacht werden können. Dabei sollen besonders das Maß der Einsicht, das Verleben, die persönlichen Verhältnisse und die wirtschaftlichen Verhältnisse bei Begehung der Tat berücksichtigt werden. Preußen hat beantragt, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur zur Zeit der Tat, sondern überhaupt in der ganzen Lebensgeschichte des Täters mit zu berücksichtigen. Bei dieser Art der Beurteilungen treten natürlich die objektiveren Tatbestandsmerkmale zurück, und die freie Würdigung der Persönlichkeit des Angeklagten muß man der Freiheit des Richters überlassen. Daher die starke Erweiterung des richterlichen Ermessens.

## Strafmilderung nach freiem Ermessen.

Das geltende Strafrecht unterscheidet z. B. sechs bis sieben verschiedene Arten der Brandstiftung in drei Paragraphen, je nach der Art der in Brand gesetzten Gegenstände. Das neue Strafgesetzbuch bestimmt in einem einzigen Paragraphen Zuchthaus als Strafe für Brandstiftung und löst alle einzelnen Strafmäße fort. Ebenso fehlt im neuen Strafgesetzbuch die Fixierung der Geldstrafenhöhe des bestehenden Gesetzes. Es ist nur allgemein gesagt, daß bei jedem Verbrechen Geldstrafe von 3 bis 10 000 Mark, bei Gewinnmisdertaten bis 100 000 Mark zugelassen ist. Allgemein zugelassen sind mildernde Umstände. Bei jedem Verbrechen kann der Richter bis zu 3 Mark Geldstrafe heruntersetzen, bei jedem Verbrechen, auch bei Mord, bis zu 3 Monaten Gefängnis. Außerdem enthält der Entwurf eine Bestimmung, daß bei leichten Fällen der Richter von Strafe ganz absehen kann. In dieser Strafmilderung nach freiem Ermessen des Richters wünscht Preußen nicht zu weit zu gehen. Der Entwurf sieht auch vor, daß der Richter an Stelle jeder Gefängnisstrafe auf Geldstrafe erkennen kann. Preußen wünscht auch hier, daß das nur dann der Fall sein soll, wenn nach Ansicht des Gerichts nicht mehr als drei Monate Gefängnis verwirkt sind, weil es fürchtet, daß sonst die Praxis in den einzelnen Landesteilen gar zu ungleich werden würde.

## Behandlung von Gewohnheitsverbrechern.

In der Behandlung der Gewohnheitsverbrecher bestimmt der Entwurf, daß nach zweimaliger erheblicher Vorstrafe das dritte Mal erhöhte Strafmäße und besondere Sicherungsmaßnahmen Platz greifen. Im Gegensatz zu dem bisherigen Recht muß der Rückfall nicht unbedingt in das gleiche Delikt erfolgt sein. Es muß nur das Gericht die Überzeugung gewinnen, daß der rückfällige Täter eine Gefahr für die Gesellschaft darstellt. Im Zusammenhang hiermit sieht der Entwurf die Sicherungs- und Verwahrungsmassnahmen gegen geisteskrante Verbrecher, Trinker und Gewohnheitsverbrecher vor. Preußen wünscht die Behandlung der Geisteskranken und der Trinker aus dem Strafgesetzbuch auszuschließen, weil strafrechtliche Urteile in diesen Fällen nur selten ergehen werden, um so leichter, je besser die Voruntersuchung auf die Individualität des Täters eingeht. Hingegen stimmt Preußen der dauernden Verwahrung der Gewohnheitsverbrecher durchaus zu. Das Gericht soll das Recht erhalten, im Anschluß an die Strafe Sicherungsverwahrung bis zu drei Jahren zu bestimmen und nach Ablauf dieser Frist weitere Sicherungsverwahrung auf unbestimmte Zeit. Preußen wünscht hier, daß alle drei Jahre sich das Gericht über die Fortsetzung der Verwahrung schlüssig werden soll.

## Das Problem der Strafe.

Das Strafsystem weicht von dem geltenden Recht wenig ab. Preußen tritt für die Beibehaltung der Todesstrafe ein, entsprechend den Reichstagsentscheidungen des Bundtags. Die Entwidlung der Freiheitsstrafen sieht Preußen darin, daß es einmal zu einer einheitlichen Freiheitsstrafe mit individueller Strafbestimmung kommt, glaubt aber nicht, daß schon jetzt der Unterschied zwischen Gefängnis und Zuchthaus aufgehoben werden kann. Hingegen tritt Preußen für die völlige Beseitigung der Festungshaft, der Einsperung des neuen Strafgesetzbuchs ein. Die Festungshaft war eine reine Massenstrafe der bevorzugten Stände. Es waren z. B. 1913 unter 153 Festungsgangenen 152 wegen Zweifelsurteil verurteilt. Gegenwärtig sind in den Festungen durchschnittlich 12 Festungsgangene untergebracht, wogegen in Gefängnissen und Zuchthäusern gegenwärtig 76 Gefangene die Vorräte der politischen Verbrecher gemessen. Auch die Wehrhaft der politischen Straffälligen kommt also für die Festungshaft nicht in Frage.

Der Vortragende greift dann aus den besonderen Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs eine Anzahl von Delikten heraus. Die Bahndiebstahl sollen auf Antrag Preußens dahin erweitert werden, daß wirtschaftlicher Verfall vor und nach der Tat unter Strafe gestellt wird. Die Erhängungen bei der Volksabstimmung über die Fürstenernennung zwingen dazu. Die Frage, ob auch gesellschaftlicher Verfall unter besondere Strafe zu stellen sei, sei noch nicht entschieden. Eine besondere Strafbestimmung ist auf Antrag Preußens für Gemeingefährlichkeiten eingeführt. Zur Bestrafung des Zweifelsurteils wünscht Preußen den ganzen Abschnitt über das Duell aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen und das Duell als verbotenen Totschlag zu bestrafen. Danach würde allerdings die studentische Bestimmungsmessur als Körperverletzung mit Einwilligung des Verletzten wahrscheinlich straflos bleiben. Als ein besonderes Delikt soll die Aufforderung zum Zweikampfe unter Strafe gestellt werden. Die Verdrängung soll nach dem neuesten jüngst erlassenen Reichsgesetz straflos sein. Es soll also die Schwangerschaftsunterbrechung auf Grund ewenlicher oder sozialer Indikation nicht erlaubt sein. Hingegen hat Preußen beantragt, die ärztliche Indikation für Abtreibung zu erklären. Der Ehrenschuß soll erheblich verschärfert werden, insbesondere durch den neuen § 285 das sogenannte Indiscretionsdelikt, nach dem der Wahrheitsbeweis ausgeschlossen ist, wenn Angelegen-

# Wege zum Einheitsstaat.

Eine programmatifche Rede des Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun.

Auf Einladung der Vereinigung sozialdemokratischer Studenten hielt der preussische Ministerpräsident Braun im Auditorium maximum der Berliner Universität am Donnerstag, 24. abends, einen Vortrag, der bewies, wie weit Braun, dem im politischen Tageskampfe sogar schon der Vorwurf eines „kleinlichen preussischen Partikularismus“ gemacht worden ist, von einer solchen Einstellung entfernt ist. Nachdem er einleitend die Entstehung des föderativen Systems der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Schweiz kurz behandelt hatte, führte er etwa das Folgende aus:

Es wurde oft der Vorwurf erhoben, daß im November 1918 bei dem Zusammenbruch des alten Reiches und der Abdankung seiner Monarchen, die bis dahin das größte Hindernis für die Schaffung eines deutschen Einheitsstaates darstellten, die Gelegenheit für die Errichtung eines Einheitsstaates veräußert worden sei. Es sei nicht zu bestreiten, daß man vielleicht damals am leichtesten mit aller partikularistischen Eigenbräutelei hätte aufzuräumen können. Dazu aber wäre eine starke Reichszentralgewalt notwendig gewesen, die in jenen Tagen nicht vorhanden war und auch nicht vorhanden sein konnte. Auch haben in jenen stürmischen Zeiten die wirtschaftlichen und anderen Tagesnöte alles andere in den Hintergrund gedrängt. Trotzdem ist es aber der Nationalversammlung gelungen, gewisse Einrichtungen unseres öffentlichen Lebens für das ganze Reich einheitlich zu gestalten. Es wurde mit den Postregalen der süddeutschen Staaten aufgeräumt und eine einheitliche Reichspost geschaffen. Die Eisenbahnen wurden zu einer einheitlichen Reichsbahn zusammengefaßt, die schiffbaren Flußläufe und Wasserstraßen in das Eigentum und die Verwaltung des Reiches übergeführt; eine einheitliche Reichsfinanzverwaltung mit weitgehender Verwaltung des Steuerwesens geschaffen, die Armeen der Bundesstaaten zugunsten der einheitlichen Reichswehr beseitigt, schließlich räume die Verfassung der Reichsgesetzgebung den weitestgehenden Spielraum ein.

So kann noch sehr viel zur Vereinheitlichung des Reiches gegeben, wenn die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches die ihr durch die Verfassung gegebenen legislativen Rechte restlos ausüben.

An der Gliederung des Reiches in Einzelstaaten jedoch habe die Verfassung nichts geändert. Wenn für den Fortbestand dieser Einzelstaaten vornehmlich kultur- und wirtschaftspolitische Gründe, Stammeseigenschaften und landsmannschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl ins Feld geführt werden, so braucht man sich nur daran zu erinnern, wie willkürlich diese Staaten im Anfang des vorigen Jahrhunderts durch Napoleon geschaffen worden sind. Der Schaffung eines idealen Föderativstaates stehen vor allem die gewaltigen Größenunterschiede unter den deutschen Ländern im Wege. Von der etwa 80 Millionen zählenden Bevölkerung Deutschlands entfallen auf Preußen allein 38 Millionen; daneben stehen Länder wie Schaumburg-Lippe mit 45 000 und Waldeck mit 55 000 Einwohnern. Von den 17 Ländern außer Preußen weisen nur sieben eine Bevölkerungszahl von über 1 Million auf, darunter nur vier, deren Bevölkerungszahl über 2 Millionen beträgt. Dieser abnormen Gestaltung des deutschen Föderativstaates mußte daher im Reichsrat Rechnung getragen werden, und es mußte die Vertretung bis zu einem gewissen Grad nach der Einwohnerzahl bemessen werden. Wegen der überragenden Größe Preußens blieb auch in der Weimarer Verfassung die Bestimmung aufrecht erhalten, daß Preußen nicht mehr als zwei Fünftel der Stimmen im Reichsrat stellen darf, weil sonst der eine Staat den ganzen Reichsrat majorisieren könnte. Um aber den Einfluß Preußens noch mehr zu schwächen, wurde die Hälfte der preussischen Stimmen den Provinzen zugewiesen, deren Vertreter im Reichsrat selbstständig und unabhängig von jeder Instruktion ihre Stimme abgeben können. Diese Bestimmung hat zu einem politisch ganz unhaltbaren Zustand geführt, denn die Träger dieser Provinzialratsstimmen spiegeln absolut nicht die politische Einstellung der von ihnen vertretenen Provinzen wieder. Bei den letzten preussischen Landtagswahlen am 7. Dezember 1924 erhielten die Sozialdemokraten nur 25 Proz. aller abgegebenen gültigen Stimmen, unter den 13 Provinzialvertretern im Reichsrat befindet sich aber nur ein Sozialdemokrat gleich 7,69 Proz. Dagegen hat das Zentrum, das nur 17,57 Proz. der gültigen Stimmen bekam, fünf Vertreter

oder 38,46 Proz., die Deutschnationalen mit 23,70 Proz. vier Provinzialvertreter oder 30,77 Proz., die Deutsche Volkspartei mit 9,78 Proz. zwei, gleich 15,39 Proz. und die Demokraten mit 5,90 Proz. einen Vertreter.

Dadurch ist der politische Einfluß des preussischen Volkes in der Reichspolitik erheblich verflücht.

Wie er zahlenmäßig herabgedrückt ist, erhellt auch daraus, daß, während 58 641 Bewohner Waldecks, oder 111 000 Einwohner von Mecklenburg-Strelitz, oder 127 000 Einwohner von Lübeck, oder 98 000 Einwohner von Lippe über je eine Stimme im Reichsrat verfügen, erst auf 1 412 000 Preußen eine Reichsratsstimme entfällt. Wie bei so gewaltigen Größenunterschieden von einem „zweckmäßig gegliederten Föderativstaat“ die Rede sein kann, ist unersichtlich.

Das völlig verarmte und von hohen Kriegslasten bedrückte Deutschland kann sich den Luxus eines so teuren und unzweckmäßigen Staatsaufbaues auf die Dauer nicht leisten. Während andere einheitlich organisierte Staaten ein Ministerium und ein Parlament haben, haben wir in Deutschland außer den Reichsministerien 18 Ministerien mit insgesamt 58 Ministern, zu denen noch die 42 Senatoren der drei Stadtstaaten kommen, weiter haben wir 17 Landesparlamente und 17 Reichsratsvertretungen. Das alles kostet dem deutschen Volke etwa 15 Millionen, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Zerrissenheit und ihre weiteren Auswirkungen ein Mehr an Verwaltungsausgaben über das Notwendige hinaus ergibt, das mit dem Zehnfachen dieser Summe sicherlich noch zu niedrig geschätzt ist. Welch merkwürdige Verhältnisse sich da ergeben, erhellt daraus, daß in Preußen z. B. auf 4 768 000 Einwohner ein Minister kommt, während in Lippe bereits auf 32 000 und in Bayern auch schon auf 924 000 ein Minister entfällt.

Ob die Länder als Zwischenstufen noch weiter notwendig sind, das ist eben die Frage, die entschieden werden muß. Kein konstruktives läßt sich das Problem anders lösen. Man brauchte nur die Reichsverfassung und ihren Artikel 2 dahin zu ändern, daß man an Stelle der Bestimmung „Das Reichsgebiet besteht aus den Gebieten der deutschen Länder“ setzte, „Das Reichsgebiet besteht aus den Provinzen, Kreisen und Gemeinden“, und dann alle weiteren zwangsläufig sich ergebenden Änderungen vornimmt. Allen landsmannschaftlichen Eigenheiten der Bevölkerungsteile könnte dabei Rechnung getragen werden. Natürlich müßte ein solches Einheitsreich den Provinzen, Kreisen und Gemeinden die weitestgehende Selbstverwaltung unter einheitlicher Reichszentralgewalt einräumen.

Der Gedanke der Verschlagung Preußens, der ursprünglich dem Schöpfer der Reichsverfassung Preuß vorschwebte, ist, wie er später dem Redner selbst erklärt hat, auch von ihm als unzweckmäßig aufgegeben worden. Wollte man den preussischen Provinzen die Selbstständigkeit von Ländern geben, so würden sie natürlich darauf bedacht sein, diese Selbstständigkeit sich nicht nur zu erhalten, sondern sie noch zu erweitern. Damit würde die Entwicklung zum Einheitsstaat nicht gefördert, sondern gehemmt werden, da sich zu den widerstrebenden deutschen Ländern noch dreizehn weitere zugesellen würden.

Preußen muß also in seinem Bestande unbeeinträchtigt bleiben, denn es muß und wird schließlich doch den Kern des zu bildenden deutschen Einheitsstaates bilden.

Preußen hat stets erklärt, daß es seine staatliche Selbstständigkeit zugunsten des großen deutschen Einheitsstaates aufgeben wolle, wenn die anderen deutschen Länder ein gleiches tun.

Als einzig zurzeit praktisch durchführbaren Weg, so schloß der Redner, schwebt mir das Folgende vor: „Das Reich muß alle Möglichkeiten, die ihm die Reichsverfassung auf legislativem wie administrativem Gebiete gibt, restlos ausschöpfen. In dieser Richtung kann noch vieles geschehen. Allerdings muß das auch in einer für die Länder finanziell befriedigenden Weise durchgeführt werden. Dann werden die Länder mehr und mehr ihrer Eigenstaatlichkeit entkleidet und tatsächlich zu Verwaltungsorganen herabgedrückt.“

Sollte die Umgestaltung zum Einheitsstaat in den zahlreichen Parlamenten und auch in den gesetzgebenden Körperschaften des Reiches auch dann noch Schwierigkeiten machen, so würde es nicht schwer sein, eine mächtige Volksbewegung zu entfachen, die über alle kleinlichen Partikularisten hinweggehen würde.

heiten des Privat- oder Familienlebens unbeeinträchtigt zum Zwecke der Schmähung in die Öffentlichkeit gezerrt werden. Auf der anderen Seite spricht das neue Strafgesetz den bisher nur von einzelnen Gerichten besetzten Grundhof, daß die Wahrnehmung berechtigter Interessen auch in der Wahrnehmung öffentlicher Interessen zu erblicken ist, als Regel aus.

Der Rechtsausschuss des Bundtags wird vom nächsten Montag ab in mehreren Tagessitzungen Stellung zu dem Strafgesetzentwurf nehmen.

## Der Marineetat vor dem Ausschuss.

Steigende Ausgaben, geringer Kampfwert — und das Ziel der Flottenpolitik?

In der allgemeinen Aussprache über den Marineetat, die in der Donnerstagsung des Ausschusses für den Reichshaushalt begonnen wurde, wies der Berichterstatter Genosse Stücken unter Angabe eines reichen Zahlenmaterials darauf hin, daß der Marineetat nach stärker als der Heeresetat angewachsen sei. Aber Wahrscheinlichkeit auch werde das Tempo der Ausgabenvermehrung anhalten, bis im Jahre 1940 der Ersatz der Flotte durchgeführt sein wird. Wie hoch dann letzten Endes der Etat steigen werde, vermag heute kein Mensch abzusehen.

Selbst wenn man alle von der Marineleitung für die Kostensteigerung angeführten Gründe voll berücksichtigt: Steigerung der Gehälter, vermehrte Indienststellung von Schiffen, Verwendung des teureren Dies statt der billigen Kohle, hohe Wertstoffe (nach dem Verfall der Vertrag dürften die Schiffe nur auf Staatswerten gebaut, resp. ausgebessert werden) usw., so erscheine die Steigerung doch immer noch sehr groß. Auch die Zahl von 819 Offizieren und 100 Sanitätsoffizieren sei außerordentlich hoch. Die Marineleitung habe neben dem Chef 50 Offiziere, davon allein neun Abteilungsleiter. Können die zum Teil sehr kleinen Abteilungen nicht zusammengelegt werden? Weshalb brauche die Marine zwei Ministerialdirektoren, während das erheblich größere Heer mit nur einem Ministerialdirektor auskommt? Die Zahl der Admirale ist so groß, daß jedes Schiff mit einem Admiral besetzt werden kann! Mannschaften sind vorhanden 3973, Offiziere und Obergefreite 5962, Raate und Obermaate 3028. Wozu braucht die Marine 253 Pferde? Wie beim Heer, so beständen auch bei der Marine Verbindungen mit den Wehrverbänden. Wie stehe die Marineleitung dazu? In neuester Zeit sind in den Marinebetrieben auch sogenannte nationale Arbeitervereine entstanden. Diese stehen im schroffen Gegensatz zu den Gewerkschaften. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, werden sie von der Marineverwaltung unterstützt. Mit größtem Nachdruck müsse auch von der Marineverwaltung verlangt werden, daß sie Bestrebungen gegen die Republik nicht nur fördert, sondern ihnen mit größter Energie entgegentritt.

Die letzteren Fragen des Genossen Stücken beantwortete der Reichswehrminister Dr. Götter dahin, daß er verboten habe,

der Schaffung von gelben Organisationen irgendeine positive Förderung zuteil werden zu lassen. Darüber hinaus aber könne er sich in die Verhältnisse der Arbeiterverbände untereinander nicht einmischen.

Genosse Eggerstedt bringt zur Sprache, daß von den Leuten, die seinerzeit das Utentat auf den früheren Chef der Heeresleitung, Generalobersten von Stedt, verurteilt hätten, ein gewisser Günther noch bei der Marine beschäftigt sei. Den Marinangehörigen sei der Besuch des bekannten Potemkin-Films verboten worden. Aber nicht nur das, sondern Monate lang, nachdem der Film nicht mehr gespielt wurde, seien die Lokale in Kiel boykottiert gewesen, in denen der Film gelaufen sei. Wie stehe die Marineleitung zu solchem Verbot?

Beim Heeresetat habe die Verwaltung wiederholt betont, daß ihr Etat sowohl die Zustimmung des Finanzministeriums wie des Sparkommissars erhalten habe. Das könne das Parlament natürlich nicht von der Pflicht entbinden, seinerseits genau nachzuprüfen. Der Marineetat bedeute die schwerste Belastung des Gesamtetats, zumal er stetig weiter steige. Genosse Eggerstedt zieht Vergleiche zwischen den Kosten der früheren kaiserlichen und der jetzigen Marine und zeigt, daß bei manchen Kapiteln, z. B. der Marineleitung, der Indienststellung von Schiffen usw., die Differenzen enorme sind. Das Vertrauen im Volke werde sich stärken, wenn es die Zuversicht gewinne, daß die deutsche Wehrmacht auch zur Verteidigung der Republik bereit sei.

Abg. Rönneburg (Dem.) hat um eine Auskunft, welches Ziel die Marineleitung mit ihrer Flottenpolitik überhaupt verfolge. Angehts des geringen Kampfwertes unserer Marine und im Hinblick auf die dafür erforderlichen enorm hohen und immer noch wachsenden Kosten müsse man sich die Frage vorlegen, ob die bisherige Flottenpolitik richtig sei. Von Sparbarkeit sei im Marineetat noch weniger zu merken als beim Heer. Insbesondere sei der Verwaltungsapparat und die Zahl der Befehlsstellen viel zu groß. Seine Freunde werden daher eine größere Zahl von Streichungsanträgen vorlegen.

Nach Ausführungen der Abg. Erting (Z.), Trevisanov (Dnt.) und Bräuninghaus (D. Sp.) nahm Reichswehrminister Dr. Götter das Wort und betonte, daß ein großer Teil der Aufwendungen, die für Heer und Marine gemacht werden, doch der allgemeinen Volkswirtschaft wieder zuzuführen. Das gelte vor allem für die Marineausgaben. Diese Staatsgelder speisten nicht nur Werften und ihre Tausende von Arbeitern, sondern kämen der hochqualifizierten deutschen Industrie für Optik und seine Meßinstrumente und deren Arbeiterheeren zugute. Gerade diese Industrien seien bekanntlich jetzt stark unter dem Mangel an Aufträgen. Der Ausschuss möge also nicht vergessen, daß er mit der Bewilligung des Marineetats auch ein gut Stück soziale Arbeit leiste.

Die Verhaftung kommunistischer Parlamentarier in Chile ist dort von der neuen Regierung angeordnet worden. Sie sollen nach der Osterinsel deportiert werden, um sie an der Fortsetzung der kommunistischen Propaganda zu verhindern. Das kommunistische Blatt „Justicia“ wurde verboten.

## Die Eisenbahner für den Achtstundentag. Geschlossene Front in Berlin.

Am Dienstag tagte die Generalversammlung der Berliner Eisenbahner des Einheitsverbandes in den Ruffertkassen. Der Jahresbericht lag den Delegierten gedruckt vor. Aus diesem geht hervor, mit welcher ungeheuren Schwierigkeiten die Ortsverwaltung zu kämpfen hatte, um die nicht endenwollen Widerstände der Reichsbahn-Hauptverwaltung und deren untergeordnete Organe zurückzuweisen, damit die Organisation schlagkräftig blieb. Der Vergleich der Mitgliederzahlen zu Beginn und Ende des Jahres 1926 zeigt keinen sprunghaften Fortschritt, aber dennoch kann von einer gesunden Aufwärtsentwicklung gesprochen werden. Fluktuation in der Bewegung ist eine Folge der Personalpolitik der Reichsbahn.

Die Beitragsleistung pro Mitglied im 4. Quartal betrug im Durchschnitt 11,46, im Jahresdurchschnitt 44,30. Die Gesamtausgabe an die Hauptkassette betrug 61.663,40 M. Die Einnahmen der Ortskassette 70.356,13 M., die Ausgaben 60.760,94 M.

Am allgemeinen ist festzustellen, daß die Kassenführung sowie überhaupt die Geschäftsführung der Ortsverwaltung eine zufriedenstellende war, so daß die Entwicklung der Ortsgruppe trotz der großen Schwierigkeiten, die sie überwinden mußte, eine gute ist.

Der wiederholt geäußerte Wunsch der Mitglieder, die Fortschritte der Zusammenarbeit zwischen Einheitsverband, Betriebsrat, Gemeinde- und Staatsarbeiterverband und Verband der Heizer und Maschinenisten kennen zu lernen, geht in Erfüllung. Die verantwortlichen Körperschaften der vier Verbände — die Generalversammlungsdelegierten — treten am 3. März im „Märchenbrunnen“ zur Konferenz zusammen. Referent ist der Vorsitzende des Einheitsverbandes, Genosse Scheffel.

Entgegen ihrer früheren Zusage hat es die Reichsbahndirektion Berlin abgelehnt, über die Erhöhung der Ortslohnzulage zu verhandeln, und zwar mit dem Bescheid, daß nur die Reichsbahn-Hauptverwaltung zuständig sei. Inzwischen pflegen aber die Tariforganisationen untereinander lebhafte Verhandlungen zur Einleitung einer Lohnbewegung und Verringerung der jetzigen Lohngruppen-einteilung, so daß die Kündigung des Manteltarifs bevorsteht.

Sämtliche Diskussionsredner waren mit der geleisteten Arbeit der Ortsverwaltung zufrieden. Selbst der Sprecher der „Opposition“, Joerg, brachte dies zum Ausdruck.

Längere Zeit wurde über die Anstellung von Götz als Sachbearbeiter der Beamtenabteilung diskutiert. Die Wahl selbst wurde infolge der ungeklärten Verhältnisse mit großer Mehrheit abgelehnt.

Als Ortsverwaltungsmitglieder wurden mit großer Mehrheit gewählt: 1. Bevollmächtigter: Karl Winkler, Kassierer: Fritz Kaiser, Schriftführer: Karl Beiltschmidt, Beisitzer: Wilhelm Reumann, Fritz Reissner, Otto Voß, Georg Rieb, Richard Rüdiger, Albert Schulze, Karl Schüller, Bernhard Vieste, Wilhelm Schmidt.

Die in großer Zahl vorliegenden Anträge betr. Neuregelung der Arbeitszeit und Einkommenserhöhung für Beamte und Arbeiter usw. wurden in folgender Resolution zusammengefaßt:

„Die am 22. Februar 1927 tagende Generalversammlung des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, begrüßt die Aufforderung des Bundesvorstandes des ADGB, die alle angeschlossenen Verbände verpflichtet, den brutalen Ausbeutungsmethoden der Unternehmer energischen Widerstand entgegenzusetzen und insbesondere die Anerkennung des Achtstundentages zu erzwingen. Die Generalversammlung erwartet, daß die Verbandsektion sich mit Entschiedenheit für diese Forderung einsetzt und auch im Eisenbahnbetrieb den Achtstundentag zur Anerkennung bringt.“

In Anbetracht der Tatsache, daß seit mehr als Jahresfrist eine Erhöhung der Löhne nicht eingetreten ist, daß aber in dieser Zeit die Preise für Lebensmittel, Mieten und sonstige Lebensgegenstände bedeutend gestiegen sind, erwartet die Generalversammlung vom Verbandsvorstand, daß die Lohnparagrafen des ADGB geändert werden und mit aller Entschiedenheit eine Erhöhung der Löhne gefordert wird. Neben der Erhöhung der Löhne ist die Aufbesserung der Gehälter, speziell aber die der unteren und mittleren Beamtengruppen, eine zwingende Notwendigkeit.

Die Generalversammlung ist sich bewußt, daß jede Forderung auf Verringerung der zur Unentgeltlichkeit gesteigerten Existenz- und Rechtsverhältnisse der Arbeitnehmer, besonders der Eisenbahner, auf den entschiedenen Widerstand der Unternehmer und Reichsbahnverwaltung stoßen wird. Deshalb werden alle Mitglieder aufgefordert,

für die Stärkung der Organisation zu wirken, den Kampfgeist zu wecken, damit unvermeidliche Auseinandersetzungen mit der Reichsbahnverwaltung mit Erfolg für die Eisenbahner durchgeführt werden können.“

## Verbindlich erklärter Schiedspruch. Für die Angestellten der Berliner Metallindustrie.

Der am 1. Februar für die Angestellten der Berliner Metallindustrie gefällte Schiedspruch, der von den Angestelltenorganisationen angenommen, vom Verband Berliner Metallindustrieller jedoch abgelehnt wurde, ist gestern entsprechend dem Antrag der Angestelltenorganisationen für verbindlich erklärt worden. Damit erhöhen sich die Gehälter der Angestellten der Gruppen 1 und 2 ab 1. März um 8 Prozent, und die der Gruppen 3 und 4 und der Wertmeister um 6 Prozent. Das Gehaltsabkommen gilt bis zum 30. September und ist zu diesem Termin mit vierwöchiger Frist kündbar.

## Die Arbeitszeit in der Konsumbäckerei. Kommunisten und Gelbe.

Die „Rote Fahne“ berichtete am 13. Februar über eine „Arbeitszeitverlängerung in der Konsumbäckerei“. Die Tatsache einer Verlängerung der bisherigen 43 1/2 stündigen Arbeitszeit der Brotbäcker auf 46 Stunden wöchentlich ist richtig. Diese Verlängerung ist durch einen Vergleich des Schlichters Bissell herbeigeführt.

Die „Rote Fahne“ bezeichnet es als Aufgabe der Mitglieder der Konsumgenossenschaft, den „Kampf der Konsumbäcker“ gegen die Durchführung des Vergleichs zu unterstützen. Die Mitglieder der Konsumgenossenschaft, soweit sie nicht von der A.B.D. kommandiert werden, haben wirklich andere Sorgen, als sich für einen solchen „Kampf“ ins Zeug zu legen.

Die „Deutsche Wertgemeinschaft“ der Gelben aber hat den Ball der „Roten Fahne“ aufgefangen. Sie machte eine „Arbeitszeitverlängerung in gewerkschaftlichen Betrieben“ daraus, aus der Konsumgenossenschaftsbäckerei eine „sozialistisch-gewerkschaftliche“ Bäckerei und zitiert dann aus der „Roten Fahne“ auf schmutzgelbe Weise:

„Nach diesem Vergleich soll die Arbeitszeit der Brotbäcker, nach den Ausführungen der „Roten Fahne“ um 2 1/2 bis 3 Stunden verlängert werden.“

Das Gelbenblatt (Nr. 7 vom 20. Februar) unterstreicht jedoch seinen ewigen Lesern die Tatsache, daß die Arbeitszeit der Konsumgenossenschaftsbäckerei trotz der Verlängerung immer noch nur 46 Stunden beträgt, eine Stunde weniger als die Arbeitszeit in den übrigen Abteilungen. Nicht nur die Gelben, auch nicht wenige A.B.D.-Leute würden eine derart verlängerte Arbeitszeit recht gern gegen ihre Arbeitszeit eintauschen.

## Verhandlungen für die Schwerindustrie im Saargebiet.

Saarbrücken, 24. Februar. (Zf.) Zu der gestern gemeldeten Ankündigung des Lohnabbaus in der Schwerindustrie des Saargebietes erfahren wir noch: Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern, daß sie nicht in der Lage seien, überhaupt über einen Lohnabbau zu verhandeln. Die Reichsregierung hat beide Parteien für Montag, den 28. Februar, nach Berlin geladen, um das soziale Problem, insbesondere die Frage der Betreuungsaktion, zu besprechen.

## Konflikt mit der Saargrubenverwaltung.

Saarbrücken, 24. Februar. (Zf.) Heute fanden zwischen der französischen Saargrubenverwaltung und den Gewerkschaften der Berg- und Metallarbeiter Verhandlungen statt. Der französische Generaldirektor der Saargruben forderte einen Lohnabbau von 12 Proz. ab 15. Februar, und die Vertreter der Gewerkschaften erklärten mit Rücksicht darauf, daß in den deutschen Kohlengruben höhere Löhne gezahlt werden, ferner im Hinblick auf die Tatsache, daß die französischen Saargrubenverwaltung im letzten Jahre wieder 60 Millionen Goldmark Reingewinn erzielt hätte, einen Lohnabbau grundsätzlich ablehnen zu müssen. Sollten die Saargruben eine willkürliche Herabsetzung der Löhne vornehmen, so sähen sich die Gewerkschaften gezwungen,

mit dem genannten Tage sämtliche Saargruben und Hütten stillzulegen. Morgen nachmittag sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Bergverwaltung hat den Lohnabbau zum 15. März gekündigt.

## Die Unfälle im Ruhrbergbau.

Die Einzelunfälle im Ruhrbergbau häufen sich in erschreckender Weise. So wurden nach Zeitungsmitteilungen auf der Zeche Westende zwei Tote, auf der Zeche Alma ein Toter, auf der Zeche Wilhelmine-Viktoria ein Toter, Zeche Bonifazius ein Toter und auf der Zeche Rathias Stinnes ein Toter binnen wenigen Tagen gezählt. Diese Häufung schwerer Einzelunfälle bestätigt aufs neue, was die Unfallziffern des Oberbergamtes Dortmund für das Jahr 1926 lehren. Die gesamten Lohn-, Arbeitszeit- und Sicherheitsverhältnisse im Bergbau bedürfen einer gründlichen Remedur, da die bergbaupolizeilichen Vorschriften allein unmöglich genügen.

## Schiedspruch für die Kanalschiffahrt.

Dortmund, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Für die westdeutsche Kanalschiffahrt wurde folgender Schiedspruch gefällt: Der zum 31. Januar 1927 gekündigte Gehalts- und Lohnvertrag vom 1. Juli 1926 wird zum 1. Februar 1927 wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die darin enthaltenen Gehalts- und Lohnsätze sich mit Wirkung vom 1. März 1927 ab um 7 Proz. erhöhen. Die vorstehende Regelung läuft untätbar bis zum 30. September 1927.

## Lohnschiedspruch in der M.-Gladbacher Konfektion.

München-Gladbach, 24. Februar. (Zf.) Nachdem sich die Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Kleiderfabriken von München-Gladbach, Abendt und Umgebung in der vergangenen Woche mit den Gewerkschaften über eine Verlängerung des bisherigen Mehrzeitaltkommens geeinigt hatten, ist jetzt auch die noch strittige Lohnfrage durch verbindlichen Schiedspruch geregelt worden. Die Empfänger von Zeitlöhnen hatten bisher einen Zuschlag von 5 Proz. zu den am 15. Februar 1926 festgesetzten Grundlöhnen erhalten; dieser Zuschlag wird auf 15 Proz. erhöht. Für Akkordlöhne wird der Zuschlag von 5 auf 9 Proz. erhöht. Dieses Abkommen ist bis 15. Oktober untätbar; es kann mit vierwöchiger Frist gekündigt werden.

## Das ist die Frage.

London, 23. Februar. (Zf.) Die Arbeiterpartei hat eine Interpellation im Unterhaus eingebracht, worin sie die Gründe zu wissen wünscht, weshalb die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag verschleppt wurde.

**Wutung, Bauarbeiter!** Sämtliche Baustellen der Firma Helmke Steinwände, Inhaber Wilhelm Köhn, sind für Plattenleger (Plattenwender) wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages gesperrt. Bauergewerksbund, Berlin. Fachgruppe Stud- und Gipsbau.

**Jugendgruppe des ADGB, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, folgende Beratungen:** 1. Sitzung: Jugendabteilung, 1. Vorsitzender (Christmann mitbringen). — 2. Sitzung: Jugendabteilung, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender.

**Freie Gewerkschaftsjugend, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, folgende Gruppen:** 1. Gruppe: Jugend und Berufstätige. — 2. Gruppe: Jugend und Berufstätige. — 3. Gruppe: Jugend und Berufstätige. — 4. Gruppe: Jugend und Berufstätige. — 5. Gruppe: Jugend und Berufstätige.

**Arbeiterpartei, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, folgende Beratungen:** 1. Sitzung: Arbeiterpartei, 1. Vorsitzender (Christmann mitbringen). — 2. Sitzung: Arbeiterpartei, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender. — 3. Sitzung: Arbeiterpartei, 4. Vorsitzender, 5. Vorsitzender.

**Arbeiterpartei, Berlin, Freitag, 7 1/2 Uhr, folgende Beratungen:** 1. Sitzung: Arbeiterpartei, 1. Vorsitzender (Christmann mitbringen). — 2. Sitzung: Arbeiterpartei, 2. Vorsitzender, 3. Vorsitzender. — 3. Sitzung: Arbeiterpartei, 4. Vorsitzender, 5. Vorsitzender.

# WERTHEIM Billige Lebensmittel

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz Soweit Vorrat. Obst, Gemüse, Fleisch und Fische werden nicht zugesandt.

- Grüne Keringe** ..... 5 Pfund 45 Pf.  
Dorsche ..... Pfund 10 Pf.  
Seelachs o. Kopf ganz 22 Pf.  
Kabeljau o. Kopf ganz 24 Pf.  
**Fettbücklinge** Pfd. 20 Kiste 5 Pfd. 95 Pf.  
Flundern pommt. 38 Pf. 48 Pf.  
Fleckheringe ..... Pfund 42 Pf.  
Sprotten Pfund 38 Pf. 48 Pf.

- Suppenhühner** <sup>frisch geschlachtet</sup> 110 135 150  
Schneehühner <sup>frisch geschlachtet</sup> 1.70 1.90 Italien. Tauben <sup>frisch geschlachtet</sup> 1.35 an

- Holl. Kakao** Marke „Kamphuyt“ in Blechdose, 1 Pfd. 1.60 2.20  
Borkenschokolade im Karton, ca. 75 Gr. 35 ca. 100 Gr. 65 Pf.  
Sandgebäck ..... 1/2 Pfund 25 Pf.  
Vollmilch- u. Vollmilch-Nuß-Schokolade 100Gr.-Tafel 35 Pf.

- Konserven** 1/2 Dose  
Schnitt- u. Brechbohne 58 Pf.  
Stangen-Brech- u. Schnittbohnen 90 Pf.  
Junge Erbsen ..... 46 Pf.  
Kaiserschoten 70 Pf.  
Jg. Erbsen mit gesch. Karotten 70 Pf.  
Gemischt. Gemüse fein 1.50  
Junge Karotten ..... 65 Pf.  
Jg. Karotten geschlitten 40 Pf.  
Stangenspargel <sup>extra feinst</sup> 1.50  
Italien. Tomatenmark <sup>1/2 Dose</sup> 20 1/2 28 1/2 70 Pf. 1.25  
Apfelmus ..... 65 Pf.  
Pflaumen mit Stein ..... 75 Pf.  
Mirabellen ..... 1.30  
Ananas extra „Qualität“ 1.60  
Oelsardinen <sup>1/2 Klubbdose</sup> 48 Pf. Dose 78 Pf.

- Konfitüren** 2 Pfund-Eimer  
Ananas 1.65 Orangen 1.15 Pflaumen 1.10  
Erdbeeren, Aprikosen, Kirschen, Himbeeren 1.45

- Frisches Fleisch**  
**Kalbskamm u. Brust** ..... Pfund 74 Pf.  
**Kalbsnierenbraten** ..... Pfund 80 Pf.  
**Kalbskeule** ganz und geteilt ..... Pfund 90 Pf.  
**Schmorfleisch** u. Roastbeef, mit Knochen Pfund 95 Pf.  
**Suppenfleisch** ..... Pfund 75 Pf.  
**Schweinebauch** u. Rücken, mit Beilage Pfund 90 Pf.  
**Schweinekamm u. Blatt** Pfund 93 Pf.  
**Kabier, Speer u. Kamm** Pfund 115  
**Liesen** Pfd. 85 Pf. **Gehacktes** Pfd. 75 Pf.

- Prima Ochsenfleisch, gefroren**  
**Suppenfleisch** ..... Pfund 50 Pf.  
**Kamm u. Brust** ..... Pfund 56 Pf.  
**Schmorfleisch** mit Knochen ..... Pfund 70 Pf.

- Bosn. Pflaumen** Pfund 28, 34 Pf.  
Kalif. Pflaumen Pfd. 52, 60 Pf.  
Bosn. Pflaumen ohne Stein 52 Pf.  
Backobst gemischt Pfund 42, 52 Pf.  
Backobst kaliforn. Pfund 65, 80 Pf.  
Kirschen saure ..... Pfund 1.05  
Ringäpfel amerikan. Pfund 52, 68 Pf.  
Kalif. Birnen P. und 65, 85 Pf.  
Kalif. Pfirsiche Pfund 90 Pf.  
Aprikosen ..... Pfund 98 Pf.  
Aprikosen kaliforn. Pfund 1.55 1.70

- Hannov. Mettwurst** gekocht, Pfd. 1.40  
Landleber- u. Rotwurst 1.15  
Jagdwurst ..... Pfund 1.45  
Schinkenwurst Pfund 1.45  
Speck fett, P. d. 1.30 mager 1.40  
Filetwurst ..... Pfund 1.50  
Mettwurst <sup>Braunschweig, Arg.</sup> Pfund 1.50  
Schinkenspeck Pfund 1.65  
Landmettwurst Pfund 1.70  
Feine Leberwurst Pfd. 1.70  
Zerelat u. Salami holsteinsche, Pfund 1.80  
Zerelat u. Salami ohne Thüring., 1 Bl., Pfd. 1.90

- Messina-Blutorangen** Kiste 100 u. 150 Stk. 11.50  
Kranzfeigen ..... Pfund 28 Pf.  
Mandarinen ..... Pfund 40 Pf.  
Tafeläpfel (Amerikaner u. Tiroler) Pfd. 40 Pf.  
**Jamaika-Bananen** ..... Pfund 48 Pf.  
Rot- u. Wirtskohl ..... Pfund 7 Pf.  
Zwiebeln ..... Pfund 8 Pf.  
Sellerie ..... Pfund 10 u. 18 Pf.  
Zitronen ..... Dugend 40 Pf.  
Apfelsinen Dugend 60, 90 Pf.  
Blutapfelsinen Dg. 75 Pf. 1 M.  
Malta-Kartoffeln Pfund 18 Pf.  
Blumenkohl Kopf von 20 Pf. an  
Schwarzwurzeln stark 25 Pf.

- Tafelbutter** ..... Pfund 1.95 2.10  
Dänische Butter Pfund 2 18  
Liosenschmalz Pfund 78 Pf.  
Margarine ..... Pfund 58 Pf.

- Romatour-Käse** ..... Stück 23 Pf.  
Allgäuer vollfett Pfund 1.10  
Limburger 68 Pf.  
Holländer ..... Pfund 80 Pf.  
Edamer ..... Pfund 85 Pf.  
Steinbuscher ..... Pfund 98 Pf.  
Tilsiter vollfett ..... Pfund 1.15

- Wein**  
Preis für 1/2 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas  
1922 Berncasteler (weiße Kapsel) Sotter Mosel ..... 1.15  
1922 Liebfraumilch Reblisch (blaue Kapsel) ..... 1.30  
1921 Oppenheimer Goldberg gehaltvoll ..... 1.80  
1922 Neumagener Sonnenuhr Original-Abfüllung mit Korkbrand Wertgut Milz, kernige Moselart milder Rotwein ..... 2 M  
San Antonio 1 M  
1921 Gundesheimer Berg voller rheinischer Rotwein 1.50  
1922 Chät. Raba Progr. Elsass, eleganter Bordeaux .. 1.80  
1921 Graves de Budos süßer, weißer Bordeaux ... 2.20  
Muskateller Auslese spanischer, sehr delikater ..... 1.80  
Deutscher Weinbrand \* mildes Qualität ..... 3.50  
Johannisbeerwein Rot süß ..... vom Faß, Liter 95 Pf.  
Tarragona Spezial rot, süß ..... vom Faß, Liter 1.35

# Ein Strafrichter vor Strafrichtern.

## Die Vernehmung des Landgerichtsdirektors Jürgens.

Ein Landgerichtsdirektor auf der Anklagebank! Man durfte neugierig sein: Wie wird das werden? Und man darf nach dem ersten Verhandlungstage wohl sagen: Es machte sich ganz gut. Solch ein Gefühl der Sicherheit wünschte man auch jedem anderen Angeklagten. Ist das überhaupt ein Angeklagter, der hier vor Gericht seine Erklärungen gibt? Der militärisch stramme und bewegliche Fünzigjährige mit dem Kahlkopf und kleinem Schnurrbart, immerfort zwischen seinem Platz und dem Richtertisch hin- und herpendelnd, die Hand in der Hosentasche oder in die Seite gestemmt sich verteidigend, verkehrte ganz kollegial mit dem Herrn Vorsitzenden; Landgerichtsdirektor mit Landgerichtsdirektor. „Bleiben Sie auf, Herr Vorsitzender,“ ruft er ihm zu ober: „Berstehen Sie mich.“ „Sie brauchen es mir gar nicht vorzuhalten.“ Dann wieder: „Wollen Sie mir bitte vorhalten, Herr Vorsitzender.“ „Sehen Sie bitte mal nach, Herr Vorsitzender.“ „Nicht wahr, sehen Sie.“ „Bisweilen merkt sich das der Herr Berichterstatter.“ So frei kann sich nur jemand im Gerichtssaal bewegen, der sich hier heimlich fühlt — selbst auf der Anklagebank. Es gab nur einen Augenblick, da der Landgerichtsdirektor wohl ungefähr die gleichen Empfindungen hatte, die auch sonst Angeklagte befallen — er sah da noch auf der Anklagebank hinter der Barriere, nämlich, als der Eröffnungsbeschluss mit der Aufzählung der ihm zur Last gelegten Handlungen vorgelesen wurde; da verdrückte er sich ein wenig, rieb verlegen-nachdenklich sein Kinn und senkte tief seinen Kopf. Im nächsten Augenblick gab er aber schon mit fester und lauter Stimme seine politische Erklärung ab: Das ganze Verfahren sei nur eine Hege seiner politischen Feinde, er und seine Frau seien Opfer von Irrtümern. Sollte sich das bewahrheiten, dann um so besser für ihn und die Justiz. Vorläufig heißt es allerdings abwarten. Frau Jürgens hatte gestern keinen leichten Stand. Ueber manche Punkte konnte sie keine genügende Erklärung geben. Auch sie will Opfer der politischen Hege sein. Aus ihrem Munde klang die Behauptung noch laider als aus dem Munde ihres Gatten. Im übrigen verlief die Gerichtsverhandlung ziemlich eintönig. Heute kommen die Zeugen hinsichtlich des Meinendes an die Reihe.

Nach der Mittagspause wurde Landgerichtsdirektor Jürgens vernommen. Der Angeklagte ist in dem zweiten Erbschaftsprotokoll die alte Frau Rugler gegen die Schwiegertochter angestrengt hatte, als Zeuge vernommen worden. Damals sagte er aus, daß er bei der Heirat über das Vermögen seiner Frau nicht orientiert gewesen sei. Er habe nur gemerkt, daß sie ungewöhnlich viel Schmuck besaß, der wohl einen Wert von 25 000 Mark gehabt haben muß. Von dem Rechtsanwalt des verstorbenen Quater habe er aber erfahren, daß die Vermögenslage des ersten Mannes seiner Frau eine sehr schlechte gewesen sei, daß Rugler zum Schluß Schulden hinterlassen habe. Er selbst, so sagte Jürgens damals als Zeuge, habe nicht gewußt, daß seine Frau von der Coöporatorgesellschaft 150 000 Mark erhalten habe, da er sich um die Bankgeschäfte seiner Frau niemals gekümmert habe. Vorj.: Es wird Ihnen nun zur Last gelegt, daß Sie

waltung und deshalb ließ ich sie allein wirtschaften. Ich habe meiner Frau ein separates Konto eingeräumt, habe ihr meine eigene Bierzimmerwohnung zur Verfügung gestellt, habe ihr mein Sparguthaben übertragen und die Kautions bewilligt, habe ihr auch das ganze Geld aus dem Kasseler Hausverkauf gelassen. Ich habe unter Eid die reine Wahrheit gesagt. Bon

### Schulden in dem jetzt bekannten Umfange

habe ich erst 1926 als Landgerichtsdirektor in Berlin erfahren, als die Gläubiger in mein Dienstzimmer kamen. Es kam deshalb mit meiner Frau zu scharfen Auseinandersetzungen. In dem Streit zwischen der alten Frau Rugler und meiner Frau in Kassel sollte ich als Zeuge vernommen werden. Der Beweisbeschluss des Kasseler Gerichts hat mir bestimmt vorher nicht vorgelegen. Nach der Vernehmung habe ich dem Rechtsanwalt Wieser den Hauskassenschein und den Nachlaß zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung gestellt. Davon, daß Klagen der Bankfirma Pfeifer und der Dresdener Bank gegen mich schwebten, habe ich erst vom Präsidenten des Landgerichts III erfahren, als schon bei mir Haussuchung abgehalten worden war. Die Klagen waren meiner Frau während meiner Düsseldorfener Tätigkeit zugestellt worden, und als ich sie deshalb zur Rede stellte, gab sie zu, sie habe mir diese Klagen verschwiegen und hätte sie selbst bezahlt; es handelte sich um Schulden, die noch von Rugler stammten.

Frau Jürgens: Mir ist es peinlich, daß mein zweiter Mann hier derart gegen meinen ersten Gatten auftritt, der ein sehr tüchtiger und gewissenhafter Mensch gewesen ist. Wenn mein jetziger Mann von der Ruglerischen Schuldenwirtschaft spricht, so stimmt das nicht. Vorj.: 1919 besaßen Sie rund 250 000 M., und im Jahre 1920 haben Sie bei Freunden und Bekannten rund 400 000 M. aufgenommen. Wo sind denn diese sehr erheblichen Gelder geblieben? Frau Jürgens: Dieses Kapital hat die Inflation getroffen. Vorj.: Das stimmt nicht, denn die Valutaverluste habe ich natürlich auch berücksichtigt. Angell. Jürgens: Unsere Konten waren von Anfang an getrennt. Mein Konto war ablosiert in Ordnung. Landgerichtsdirektor Bombe hielt dann Frau Jürgens vor, daß ihre Schulden beim Bauhaus Pfeifer fällig gegliedert seien. Wie erklären Sie sich das? Frau Jürgens: Das weiß ich auch nicht. Ich habe so viel Gutes getan, und dann erwartete ich ja auch aus dem Ausland Beträge. Vorj.: Wuhie Ihr jetziger Mann davon? Frau Jürgens: Rein, ich habe ihn von allem ferngehalten. Angell. Jürgens: Sehen Sie, Herr Vorsitzender, daß ist ja der

### Kernpunkt des ganzen Dramas.

Ich als Jurist beantworte die Briefe, die ich tatsächlich betomme, sofort und mache mir entsprechende Bemerkungen und Kopien, aber was hier die Anklage behauptet, das fällt einmal alles zusammen, denn meine Frau hat mir diese Briefe alle vorenthalten. Wo das Geld geblieben ist, weiß ich auch nicht. Ich muß den Herren einmal klar vor Augen führen, daß dieser Kontrast zwischen meinem Konto und dem meiner Frau der Ursprung des ganzen Dramas ist. Meine Frau sagte immer, die Schulden stammten von ihrem ersten Mann. Vorj.: Ist das richtig? Frau Jürgens: Wenn mein Mann es sagt, dann wird es auch so sein. Vorj.: Nun haben wir aber hier, Herr Jürgens, eine Quittung aus Kassel, die für Sie von Ihrer Sekretärin Latz unterzeichnet worden ist. Diese Quittung lautet über einen Betrag von 4300 Mark, den die Coöporatorgesellschaft an Sie überwiesen hat. Angell. Jürgens: Ich habe daran absolut keine Erinnerung. Schließlich aber meinte er, sich zu erinnern, einmal persönlich bei Generaldirektor Witwin von der Coöporatorgesellschaft gewesen zu sein, da diese eine Bürgschaft für seine Frau übernehmen sollte. Ob seine Frau etwa hinter seinem Rücken Zahlungen von der Coöporatorgesellschaft erhalten habe, könne er nicht sagen.

Frau Jürgens erlitt gegen 2 Uhr nachmittags einen Schwindelanfall, und auf Antrag des medizinischen Sachverständigen mußte die Verhandlung daraufhin abgebrochen werden. Der Prozeß wird am heutigen Freitag morgen 9 Uhr fortgesetzt.

## Der Bombenanschlag bei Bonneck. Drei Angeklagte schwer belastet.

Unter ungeheurer Andränge des Publikums begann gestern früh vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Rarggraf die Verhandlung gegen die drei Angeklagten, die beschuldigt sind, am 10. März 1926, abends um 10 Uhr, den Bombenanschlag auf das Juwelengeschäft von Richard Bonneck in der Schönhauser Allee 45, Ecke Danziger Straße, unter dem Hochbahnviadukt verübt und zwei Paar Brillantohrringe im Werte von 50 000 M. geraubt zu haben. Als die Täter sind angeklagt die Händler Alfred Jasse und Willi Jasse, beide Brüder, sowie deren Stiefbruder, der Kaufmann Otto Berndt. Der letztere wird beschuldigt, die Brillanten verkauft zu haben. Der geschädigte Juwelier ist nicht wieder in den Besitz der geraubten Gegenstände gelangt.

Die drei Angeklagten, die mehrfach vorbestraft sind, bestritten ihre Schuld und die vom Staatsanwaltschaftsrat Lottig geführte Anklage stützt sich daher auf einen umfangreichen Indizienbeweis. Der Angeklagte Otto Berndt, ein Mann von 42 Jahren, ist Ende vorigen Jahres auch bei einem Ehebrach, in dem er den Mittelpunkt bildete, genannt worden. Er war der Liebhaber der Frau des Kaufmanns Bruno Borchardt, der die Frau in der Wohnung ihres Geliebten Berndt in der Rulandstraße überzogen und niederschoss. Borchardt, zurzeit in Untersuchungshaft, wird seinem Kavalen jetzt vor Gericht gegenüberstellen, denn er ist einer der wichtigsten Belastungszeugen. Die Tat selbst wurde in der Tat verübt, doch vor dem Juwelengeschäft zwei Feuerwerkskörper zur Explosion gebracht wurden. Unter dem Schutze der Rauchentwicklung und der Panik der nach allen Richtungen gestreuten Stocherpassanten hatte einer der beiden Täter, nach der Anklage Alfred Jasse, mit einem in einem Stück blauer Schürze eingewickelten Feldstein und einem Hufeisen die große Fensterhebe eingeschlagen und die in der Kasse in auffälliger Weise ausgepackten wertvollen Brillantohrringe geraubt. Willi Jasse stand dabei mit einer Aktenmappe im Toreingang. Die Täter sind durch einen anderen Ausgang nach der Danziger Straße entflohen. Die Angeklagten haben sich nach der Tat durch große Geldausgaben verdecklich gemacht. Der Ältere der beiden Brüder, der 33jährige Alfred Jasse, erklärte zu der Anklage: „Ich bin vollständig unschuldig und weiß von der ganzen Sache nichts.“ Der Angeklagte Willi Jasse ist erst 25 Jahre alt und hat bereits ein langes Strafregister hinter sich. Auch er erklärte: „Ich habe keine Ahnung von dem ganzen Ding.“ Der dritte Angeklagte Berndt erklärte: „Es kommt gar nicht in Frage, daß ich mit dieser Sache etwas zu tun habe.“

Unter den Belastungsmomenten gegen die Brüder Jasse spielt ein grauer Wintermantel mit Fischgrätenmuster eine wesentliche Rolle. Diesen Mantel soll Willi Jasse getragen haben, während er bestritt, daß er ihn geübt. Er verweigert auch darauf, daß der Mantel ihm zu groß sei. Der Schneidermeister Markowich will den Mantel wiedererkennen. Eine Zeugin, Frau Witter behauptet, daß sie eine Treppe über Goete Jasse, der Schwester der Angeklagten, wohne. Am Morgen nach der Tat kam Goete zu ihr hinauf, um die Zeitung einzuliefern. Sie sprach über den Bombenanschlag und Goete sagte ihr, sie möchte einen Augenblick hinstimmen. Auf dem Treppentritt sagte Goete: „Du mußt mir dein Ehrenwort geben, kein Wort weiter zu erzählen. Den Einbruch bei Bonneck haben meine Brüder gemacht. Die Schürze, in die der Stein eingewickelt war, ist von meiner Mutter. Mir hat das meine Schwester Emma gesagt.“ Vor Gericht bestritt Goete Jasse, über ihre Brüder eine derartige Äußerung gemacht zu haben. Sie verstehe nicht, wie Frau Witter zu dieser Angabe komme.

Dann äußerte sich San-Rat Dr. Leppmann über den Besteszustand des Angeklagten Alfred Jasse. Der Sachverständige nennt Jasse sehr genau, da dieser sich seit 1917 fast jährlich einmal in der Irrenanstalt aufgehalten hat. Der Angeklagte ist geistig zurückgeblieben, hat häufig hysterische Labilitätsanfälle und zeigt einen erheblichen Grad geistiger Minderwertigkeit. Als Zeuge wurde darauf der Straßengelange Hermann Lübbert aus der Irrenabteilung vorgeführt. Der Zeuge hat bei der Polizei eine umfangreiche Aussage gemacht, in der er angab, daß sich Alfred Jasse über Einzelheiten bei der Tat bei seiner Rückkehr von der ersten Vernehmung den Befragten gegenüber ausführlich verbreitet habe. Jetzt will der Zeuge nicht wissen, daß der Angeklagte sich selbst als Täter bezeichnet habe. Vorj.: Es nützt nichts,

## Gerichtstag.

Von Fred Vereene.

Copyright 1925 by Paul Zastrow, Wies

### Die alte Geschichte.

Drei Tage nach der Rückkehr des Vaters brachte der Briefträger einen Zahlungsauftrag auf siebenhundert Franken. Die Mutter fragte mich ganz entsetzt: „Was soll ich tun?“ „Zeig es ihm und weigere dich, zu zahlen. Ihr lebt in Gütertrennung, die Wohnung lautet auf deinen Namen, jetzt oder nie ist der Augenblick, daß du dich auf deine Rechte beruffst.“

„Das stimmt.“ Sie verweigerte die Annahme. Nach einigen Tagen kam ein neuer Zahlungsauftrag an sie vom selben Gläubiger. Sie hatte den Mann niemals gesehen, ja sie kannte nicht einmal seinen Namen und wußte gar nicht, um was es sich handelte. Als sie den Vater befragte, gab er ausweichende Antworten: Es sei eine Unverschämtheit, dieser Herr habe ihm vor drei Jahren die Hälfte der Summe geliehen, das sei Bücher und ähnliches mehr. Er machte gar keine Einwendungen, als die Mutter sich weigerte, zu zahlen.

Zwei Tage darauf bekam sie eine Vorladung zum Friedensrichter, ich begleitete die Mutter in das Amt. Man bewies ihr Schwarz auf Weiß, daß sie am 15. November 1911 einen Wechsel in der Höhe von fünfhundert Franken unterschrieben hatte.

„Aber das ist ja unmöglich, Herr Friedensrichter, vor drei Jahren hatte ich keine Ahnung, wo sich mein Mann aufhielt.“ „Brühen Sie gefälligst diese Unterschrift, gnädige Frau, aber ich erlaube mir die Bemerkung, daß Ihr Bestreiten eine Klage auf Unterschriftenfälschung und Betrug nach sich ziehen müßte, entweder gegen den Gläubiger oder den Schuldner. Bitte, überlegen Sie genau, bevor Sie Ihre Aussage abgeben.“ Sie sah mich an. Ihre Augen hatten den stahlharten Blick aus den bösen Tagen.

Sie neigte sich über die Unterschrift und sagte, sich an mich wendend, mit lauter Stimme: „Wertwürdig, ich habe es vollständig vergessen, Herr Friedensrichter, es ist meine Schrift, ich beschränke mich darauf, die Summe von siebenhundert Franken zu bestreiten, ich anerkenne sie nicht.“

„Dazu haben Sie das Recht, gnädige Frau.“ Der Friedensrichter grüßte sie sehr höflich und begleitete

sie zur Tür. Als wir auf der Treppe waren, sagte sie mit zusammengedrückten Zähnen: „Das ist wirklich eine Niederträchtigkeit; es ist natürlich keine Schrift. Mein armes Kind, ich fürchte, unser gutes Herz hat uns einen schlechten Rat gegeben.“

„Unverschämte!“ murrte ich, „was sollen wir denn jetzt tun?“

„Ich weiß keinen Answen, die Sache wird sich jetzt in die Länge ziehen, wir können nicht zahlen und die alte Geschichte beginnt von neuem. Wieder werde ich bei jedem Rufen zusammensfahren, wieder werde ich mich vor den Nachbarn, dem Hausmeister und allen fremden Menschen schämen müssen. Und ich hatte doch schon gehofft, daß diese Demütigungen endlich vorüber sind.“

Als wir nach Hause kamen, versicherte sie mir: „Ich werde ihm jetzt schon meinen Standpunkt klar machen.“

„Es ist aber bereits drei Jahre her.“ magte ich einzuwenden.

„Und wenn es vor zwanzig Jahren geschehen wäre! Es ist und bleibt eine Gemeinheit.“

Mit energischen Schritten ging sie ins Schlafzimmer. Der Vater lag zu Bett. Ich hörte ihre gereizte Stimme: „Jacques, das ist wirklich zu arg...“ Bald beruhigte sie sich. Endlich nur noch ein undeutliches Murmeln. Eine Viertelstunde später kam sie zu mir, in ihren Augen standen Tränen. Ich wußte, daß sie unterlegen war.

„Er hat so viel durchgemacht, ich muß dir alles sagen.“ Und sie erzählte mir eine Geschichte, die sie selbst nicht verstand. Damals mußte er Hunger leiden, in seinem Elend hatte er sich an einen Freund gewendet, der ihm fünfhundert Franken vorstreckte, unter der Bedingung, daß Frau Balcourt mit unterschriebe, er hatte ihre Unterschrift gefälscht, ohne zu wissen, was er tat; er war damals wahnsinnig, verstorbt, wollte mit diesem Geld nach Paris gehen, wo eine wunderbare, ganz einzige Anstellung ihm angeboten worden war, aber er mußte ordentlich gekleidet sein, in einem anständigen Hotel wohnen.

„Nun siehst du ein, daß die Liebe zu uns ihn alles hat vergessen lassen.“ so schloß meine Mutter ihren Bericht.

„Und konnte er diese Stelle nicht bekommen?“

„Er hätte sie fast bekommen, aber mächtige Feinde...“

„Mächtige Feinde? Wer denn?“

„Ich weiß es nicht, er spricht ja immer so geheimnisvoll, er behauptet, daß er es mir später einmal sagen wird.“

„Sonderbare Geschichte“, meinte ich.

„Jedenfalls“, versicherte sie mir — jetzt war sie wieder ganz gefaßt — „ist es das letzte Mal, daß ich mächtigen Feinden, die ich gar nicht kenne, weichen werde.“

In einer plötzlichen Aufwallung fiel ich ihr um den Hals: „Mama, bitte, versprich es mir. Schau, jetzt hat er uns eine schöne Geschichte eingebrockt, Gott weiß, wie wir uns aus der Patsche ziehen werden.“

Die Mutter fuhr sich mit der Hand über die Stirn. „Du bist ein braver Junge, ich werde dir von nun an alles erzählen, auch wenn es der Vater nicht erlaubt, für mich war es noch immer am besten so.“

Ich öffnete den Mund, um eine Erklärung zu verlangen, die Mutter schloß ihn mir mit einem Kuß. Dann ging sie in die Küche, wo die Patin das Mittagessen bereite.

Die Patin, die über die große Liebe, die meine Mutter dem Vater entgegenbrachte, ganz gerührt war, kam jeden Tag, um „einige Handgriffe in der Wirtschaft zu tun“, wie sie sich ausdrückte. Die Mutter nahm diese Hilfe für ihren Gatten an, in den traurigsten Zeiten hatte sie für sich alles abgelehnt.

„Das ist etwas anderes“, meinte sie zu ihrer Entschuldigung, „früher litten wir Mangel, heute handelst es sich nur um die Arbeit.“

Die Patin war eine sehr wertvolle Hilfe. Zeitig am Morgen schickte sie ihr Dienstmädchen zur groben Arbeit und das Mädchen blieb bis elf Uhr. Nachmittags kam sie selbst, immer ruhig, immer fröhlich, ein gutes, nachsichtiges Lächeln verklärte ihr Gesicht. Seitdem mein Vater wieder zu Hause war, holte sie die beiden Kleinen ab, beehlt sie den ganzen Nachmittag bei sich und brachte sie abends müde und fröhlich zum Essen zurück. Zweimal wöchentlich, Mittwoch und Samstag, sah die Patin bei uns. Dann gab es immer eine kleine Lieberaschung, etwas Feines, das meine Mutter heimlich zubereitet hatte. Alle waren ihr zugetan. Sie erschien uns zugleich als Tante, Freundin und erwachsene Schwester. Sie stand im selben Alter wie meine Mutter, war eine amnuttige Bränette mit braunen Augen, vollen Lippen, einer Stumpfnase. Man konnte ihre einstige Schönheit erkennen und noch immer sah sie fein und anziehend aus, das gerade Gegenteil einer alten Jungfer. Damals wurde sie ein wenig krank und sagte lachend zu meiner Mutter, daß die Rollen vertauscht wären. Mit fünfundvierzig Jahren hatte sie keineswegs alle Eitelkeit abgelegt, war tadellos gekleidet, gefiel den Leuten und mußte es auch.

(Fortsetzung folgt)



## Arbeiterwohlfahrt in der öffentlichen Fürsorge.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fürsorge hat sich die ehrenamtliche Mitarbeit der Bürger ständig gesteigert. Die Berliner Arbeiterwohlfahrt zählte vor zwei Jahren mehr als 5000 sozialistische Wohlfahrtspfleger (einschließlich der Kommissionsvorsitzer). Eine zurzeit noch nicht ganz abgeschlossene Erhebung läßt erkennen, daß die Zahl inzwischen weiter gestiegen ist, bei gleichzeitig gesteigerter Leistung des einzelnen — eine Begleiterscheinung unserer wirtschaftlichen Lage.

### Ehrenamt als Pflicht.

Die bürgerlichen Wohlfahrtsvereine, insbesondere die konfessionellen, sind immer noch bemüht, das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Kommissionen zu erlangen. Sie stoßen dabei auf den berechtigten Widerstand unserer Genossen. Die Kommissionen sind Einrichtungen der kommunalen Selbstverwaltung, deren Form auf der ganzen Linie innegehalten werden muß, wenn der Wille der Bevölkerung über die öffentliche Geschäftsführung auf der Grundlage seiner Wahlbestimmung vollumfänglich respektiert werden soll. Unsere deutsche Reichsverfassung auferlegt jedem Deutschen die Pflicht, ein öffentliches Ehrenamt anzunehmen, wenn er dazu berufen wird. Unser Gemeindeverfassungsrecht hat nun noch keine Entwicklung genommen, die diese Pflicht dem einzelnen Bürger in gleichen Formen für alle neuen Gebiete der Wohlfahrtspflege, insbesondere die der Jugendfürsorge, nahelegt, wie das auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Fürsorge in Gestalt der Wohlfahrtskommissionen der Fall ist. Nun ist für Jugendpflege und Jugendfürsorge ein Apparat mit beamteten Pflegern und Pflegerinnen, Fürsorgern und Fürsorgerinnen geschaffen worden, der den amtlichen Apparat der allgemeinen Wohlfahrt überträgt. Aber gerade von dieser Seite wird sehr nach ehrenamtlicher Mitarbeit gerufen. Sie ist ihrem ganzen Wesen nach defizitär als die wirtschaftliche Fürsorge und stellt an ihre amtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter größere Anforderungen.

Jede öffentliche Fürsorge, auch die wirtschaftliche, unterliegt sozialpädagogischen Gesichtspunkten. Jugendpflege und Jugendfürsorge sind Sozialpädagogik par excellence. Unser Sozialidealismus hat hier sein Feld nicht nur bei der gesunden, ohne weiteres aufnahmefähigen Jugend, sondern erst recht bei der gefährdeten. Sie ist der Prüfstein für unsere sozialidealistische Stärke und unsere sozialpädagogische Fähigkeit.

Die Kirche hat für alle Möglichkeiten ein feines Gefühl und sie hat auch die materiellen Hilfsmittel. Die Konfessionen haben jedem Pfarrer-Pfarramtsgeschäftlichen für wohlfahrtspflegerische Arbeit bewilligt. Nehmen wir für jedes Pfarramt auch nur eine Gehilfin an, so ergibt sich die Zahl von 100 in Berlin, die sich besonders nach der Mitarbeit bei den Jugendämtern drängen.

### Die Jugendgerichtshilfe.

Vornehmlich handelt es sich um die Durchführung von Erziehungsmaßnahmen, die von Jugendrichtern angeordnet werden. Auf einer Konferenz, die sich mit dieser Aufgabe befaßte, vertrat der bekannte Jugendrichter Franke den Standpunkt, daß die Empfehlung an eine Organisation durch den Jugendrichter für das Jugendamt verbindlich sein müsse. Er unterlag mit seiner Auffassung gegenüber den meisten der anwesenden Jugenddezernenten. Herr Franke beklagt eine zu geringe Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrt bei der Jugendgerichtshilfe. Das beweist, daß er, wie uns mitgeteilt wird, alle Kräfte zu der hier gegebenen Aufgabe zugezogen wissen will. Wie läuft die Praxis? Der Jugendrichter pflegt nach gefälligem Spruch die Erziehungsberechtigten des Jugendlichen nach ihrer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft und nach dem Wunsch zu befragen, ob eine Betreuung des Jugendlichen durch diese erwünscht sei. Die Antwort ist zumeist eine bejahende. Der Richter macht entsprechenden Vermerk, ohne sich die Frage vorzulegen, ob mehr als formaltraditionelle Bindungen zu der angegebenen Religionsgemeinschaft bestehen. Solche formalen Bindungen sind absolut kein Fundament für erfolgreiches Arbeiten, so wohl mit Bezug auf den Jugendlichen, als auch auf seine Erziehungsberechtigten, die in den meisten Fällen zu einer rechten Würdigung der Gefährdungssituation und ihrer Behebung geführt werden müssen, weil ihr Einfluß nicht ausschalten ist und daher in die richtigen Bahnen gelenkt werden muß. Wie weit richterliche Empfehlungen solcher Art von den Jugendämtern berücksichtigt werden, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, daß Meldungen von Mitgliedern der Arbeiterwohlfahrt zur Mitarbeit vielfach ohne jede Berücksichtigung geblieben sind. Wäre der Vorschlag der Richter für die Jugendämter verbindlich, so würde die Arbeiterwohlfahrt von vornherein in den meisten Fällen ausgeschlossen.

Das darf uns keineswegs dazu veranlassen, uns schmolend zur Seite zu drücken. Im Gegenteil: Jeder Genosse und jede Genossin, die auf diesem Gebiet tüchtiges leisten können, müssen sich den Kreisvorsitzenden zur Verfügung stellen oder sich im Frauensekretariat, Berlin SW 88, Lindenstr. 3, melden. Unsere Kreisvorsitzenden haben die Pflicht übernommen, ständig wöchentlich mindestens einmal mit den Wohlfahrts- und Jugendämtern in Verbindung zu treten, um die vorliegenden Fälle in Empfang zu nehmen. Ausgaben, die den Genossen durch ihre Mitarbeit erwachsen, werden erstattet.

Vor 100 Jahren appellierte Pestalozzi an die Kräfte des Volkes zur Erhebung aus tiefstem Elend. Vieles hat im Laufe des Jahrhunderts im Sozialismus gedankliche Klärung erfahren und zu der sozialen Technik in Form der heuligen Wohlfahrt und Jugendwohlfahrt geführt, deren Wegbereiter die Sozialdemokratie war, zu deren Höherentwicklung Sozialisten im edelsten Sinne des Wortes berufen sind. Zu den mehr als 5000 Wohlfahrtspflegern muß die gleiche Zahl ehrenamtlicher Jugendpfleger und Fürsorger kommen, die im Geiste des Sozialismus die Jugend erziehen hilft und damit an der Zukunft arbeitet. Todenhagen.

### Aus den Bezirken.

#### 1. Bezirk — Mitte.

In der Bezirksversammlung vom Mittwoch, den 16. d. M., wurden verschiedene Hausankäufe durch Versammlungsbeschlüsse genehmigt. Bei der Beratung wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Stadt Berlin in der Beziehung etwas vorzüglicher sein müßte, um nicht den Spekulantens des Grundbesitzes die Gelegenheit zur Bewucherung der Stadtgemeinde zu geben. Von der Fraktion der Mitte wurde in einem Falle von einem Grundstücksverkauf abgeraten. Genosse Brendel wies aber nach, daß bei derartigen Ankäufen sich schon des öfteren verschiedene Zwischenhändler eingeschaltet haben, die dann, als die Stadtgemeinde das Grundstück brauchte, riesenhafte Gewinne erzielt haben. Dem Beschlusse der Bezirksversammlung vom 24. November 1926 über die portofreie Ueberführung der laufenden Unerstattungen an die Sozial- und Kleinrentner ist das Bezirksamt beigetreten. Seitens der SPD. war der Antrag gestellt, daß in allen städtischen Bureaus und Dienst-

stellen die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 42 Stunden betragen darf. Ein ähnlicher Antrag war für die bei Roistandsarbeiten Beschäftigten gestellt. Vom Genossen Thiemcke wurde darauf hingewiesen, daß bei der großen Zahl der Erwerbslosen endlich einmal die Ueberstunden aufhören müßten. Fortwährend erfolgen Kündigungen von Angestellten und andererseits werden Ueberstunden geleistet. Bei der Durchführung der Roistandsarbeiten ist es ebenso. 100 000 Erwerbslose warten auf Beschäftigung als Roistandsarbeiter. Da von der Stadtorordnetenversammlung ein besonderer Ausschuss zur Regelung dieser Angelegenheit eingesetzt ist, wurde der Antrag der SPD. bis zur endgültigen Beschließung der Stadtorordnetenversammlung vertagt. Ein Dringlichkeitsantrag, der die Bereitstellung eines geeigneten Schulgrundstücks vom Flakus gegen Freigabe des Luften-Logeums fordert, wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag der Fraktion der Mitte, der die Auflösung der vom Bezirksamt errichteten Schuhreparaturwerkstatt für Erwerbslose fordert, weil sie angeblich teurer als die privaten Beschäftigten arbeitet, wurde einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen.

#### 4. Bezirk — Prenzlauer Berg.

In der Bezirksordnetenversammlung am 16. Februar wurden dem Verein Kinderheim Prenzlauer Berg E. V. zur Einrichtung einer Kinderkrippe und einer Wäckerinnestation 15 000 M. bewilligt. Zur unentgeltlichen Uebernahme aller seiner Einrichtungen in kommunale Verwaltung sollen sobald wie möglich die nötigen Schritte unternommen werden. Ein Antrag der SPD-Fraktion, in allen städtischen Bureaus für die strikte Innehaltung der wöchentlichen Arbeitswoche zu sorgen, wurde unter Hinweis auf das Vorliegen eines gleichen Antrages bei der Stadtorordnetenversammlung vertagt. Auf einen Beschluß der Versammlung hat die Deputation für das Verkehrswesen mitgeteilt, daß die Schaffung einer Straßenbahnverbindung im Zuge der See-, Christiania-, Bornholmer und Wisbger Straße nach Weißensee im vorliegenden Bauprogramm der Straßenbahn für 1927 vorgezogen ist, aber noch nicht die Zustimmung des Aufsichtsrats vorliegt. Es werde weiter Nachricht gegeben werden. Hierbei wurden vom Genossen Draut a die Verkehrsverhältnisse im allgemeinen, im besonderen aber die der Linien 4, 5 und 9 kritisiert. Auf Beschwerde der Versammlung sei nun zwar die Zugfolge geändert, dafür seien aber wieder zu verschiedenen Zeiten die Anhängerwagen eingezogen, so daß zeitweilig ein lebensgefährliches Gedränge in den Wagen herrsche; hier müsse unbedingt für Abhilfe gesorgt werden. In der Prenzlauer Allee, Schönhauser Allee und Danziger Straße sollen für die Straßenbahn eigene Gleiskörper — wie sie bereits in der Greifswalder Straße vorhanden sind — angelegt werden. Neben der Fortsetzung dieser Arbeiten in der Greifswalder Straße soll zunächst im Frühjahr die Strecke vom Prenzlauer Tor bis zur Tresdomstraße in Angriff genommen werden. Als Ersatz für die fortfallende Promenade ist in Aussicht genommen, auf den sehr breiten Bürgersteigen Grünstreifen hinter der Borchowstraße anzulegen. Ueber den vom Magistrat revidierten Haushaltsplan für 1927 wurde in längerer Diskussion von unseren Genossen und von den Kommunisten auf das Schärfste protestiert. Schließlich wurde folgende von der SPD-Fraktion eingebrachte Entschließung angenommen: Die Bezirksversammlung stellt mit Empörung fest, daß trotz sorgfältiger Beratungen bei der Bedarfsmeldung für 1927 vom Magistrat ungeheuerliche Streichungen vorgenommen worden sind, insbesondere bei den Kapiteln Jugendwohlfahrt, Hospital usw. Die Bezirksordnetenversammlung erwartet von der Stadtorordnetenversammlung, daß die Streichungen von seiten des Magistrats rückgängig gemacht werden, da nur die allernotwendigsten Mittel angefordert worden sind und bei Berücksichtigung der Struktur des Bezirks ganz andere Mittel in den Etat hätten eingestellt werden müssen, um den Bedürfnissen der Bevölkerung des Bezirks Rechnung zu tragen. — Ein Antrag der SPD-Fraktion, für alle über drei Monate Erwerbslosen die volle Miete zu zahlen, wurde abgelehnt; es wurde nachgewiesen, daß dies eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes bedeuten würde. Ein Antrag, den Erwerbslosen, deren Stempelstelle außerhalb des Bezirks liegt, Freifahrtkarten für die Straßenbahn zu gewähren, wurde dem Bezirksamt als Material überwiesen. Ein Antrag, die von den Erwerbslosen gewählten Vertreter anzuerkennen und diesen Räume zur Verfügung zu stellen, wurde abgelehnt. Ein Antrag, den Jugendlichen im Arbeitsnachweis Schachspiele usw. zur Verfügung zu stellen, wurde gleichfalls abgelehnt; es sollen für die Jugendlichen besondere Räume beschafft, dort für Unterhaltung gesorgt und damit Abhilfe geschafft werden. Ein Antrag der Fraktion der Mitte, für die Erweiterung des Fahrdomms an der Kreuzung der Danziger Straße und Prenzlauer Allee Mittel bereitzustellen, damit dort der Gefahr für den Fußgängerverkehr Rechnung getragen werden kann, wurde angenommen. Für die Errichtung einer Kleinkinderkrippe und eines Kinderheims in dem früheren Maschinenhaus auf dem Wasserturngelände an der Belforter Straße sind beim Magistrat Mittel angefordert, aber nicht bewilligt worden. Nach Sachverständigenurteil ist das Gebäude in einem Zustande, daß es, wenn nicht bald erhebliche Reparaturen vorgenommen werden, in Kürze dem Verfall entgegengeht. Die Versammlung erhob daher Protest gegen die Streichung der beantragten Mittel und beschloß, den Magistrat zu ersuchen, die geforderten Mittel, zum mindesten aber die erste Bauprate zu bewilligen.

#### 5. Bezirk — Friedrichshain.

Die letzte außerordentliche Sitzung der Bezirksversammlung Friedrichshain erlebte in viereinhalbstündiger Tagung ganze vier Punkte. Borerst wurde ein dringender Antrag unserer Fraktion betr. Grundfläche für den Wohnungsbau ohne Debatte

## Verbilligung der Kaffeepreise!

### Verbesserung der Qualitäten!

Die Weltmarktpreise für Kaffee sind teilweise gesunken. Dies gestattet mir, die Preise meiner Junk-Kaffeesorten herabzusetzen und dort, wo eine Preisenkung nicht möglich war, die Qualität bedeutend zu verbessern. Eine Ausnahme machen die Sorten von M. 2.60 abwärts (2.60, 2.50, 2.40, 2.20), bei denen eine Ermäßigung der schon äußerst niedrigen Preise nicht möglich ist.

Dazu Junk-Gutscheine wie bisher!

Bitte fordern Sie meine neue Kaffee-Preisliste!



1837  
1927

# A. Zuntz sel. Wwe.

einem Ausschuss von 11 Personen überwiesen. Der Antrag bezweckt die Systematisierung des Wohnungsbaues. Die Hauszinssteuer soll nur für den Wohnungsbau Verwendung finden. Aufnahme einer Anleihe von 150 Mill. Mark wird für den Wohnungsbau als notwendig erachtet, dabei sollen Kleinwohnungen ausschließlich den Vorzug erlangen. Ein Antrag der Kommunisten betr. eines angeblichen Verbots, im Arbeitsamt mit Bezirksverordneten zu verhandeln, gab den Antragstellern wieder einmal Anlass, gegen unsere Genossen und den Genossen Brüdner als Deputierten zu Felde zu ziehen. Stadtrat Genosse Brüdner betonte, daß ein generelles Verbot nicht erfolgt sei, sondern daß nur für den Bezirksverordneten Bittorf solches ausgesprochen sei. Dieser wäre oft mit zahlreichen Beschwerden und auch mit Deputationen der Erwerbslosen bis zu 25 Personen gekommen, so daß der ganze Geschäftsbetrieb gefährdet wurde. Genosse Siegle stellte fest, daß diese Fragen vor den Verwaltungsausschuss gehören und nicht durch besondere Fürsprachen der Bezirksverordneten erledigt werden können. Der Antrag wurde nach stürmischen Zwischenfällen mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Frage des Einheitstarifs wurde gleichfalls von den Kommunisten zur Sprache gebracht. Genosse Buchmann erklärte sich für unsere Fraktion für die Annahme des Antrages auf Beibehaltung des 15. Pfennig-Tarifs. Er verwies dabei auf Verhandlungen in der Stadtverordnetenversammlung und forderte dringend die Vereinheitlichung des Berliner Verkehrs. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Schließlich gab es in später Abendstunden bei der Behandlung eines Antrages der Deutschnationalen über den Landauer Prozeß (!) stürmische Auseinandersetzungen, da die Herren Treitin und Köstel diese Sache gern zu einer nationalistischen Kampagne gegen das Ausland und gegen die Republik ausgenutzt hätten. Ihnen wurde von der Linken heimgeleuchtet. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

### 7. Bezirk — Charlottenburg.

Die Bezirksversammlung vom 16. Februar brachte in öffentlicher Sitzung nur eine allgemein interessierende Angelegenheit: Die Anfrage der SPD-Fraktion betr. Entschädigung der Kleingartenbesitzer auf dem Gelände Nord-Westend. Genosse Heidrich begründete unsere Anfrage, und das Bezirksamt gab zunächst nur der Hoffnung Ausdruck, es würde wohl möglich sein, die zunächst betroffenen 350 Kleinfelder zu entschädigen. Diese Antwort genügte uns nicht, und das Haus trat in eine längere Erörterung der Frage ein. So entschied sich der Bürgermeister Augustin auf unser Drängen, genauere Ausführungen zu machen. Er betonte, es sei zwar paradox, aber den Tatsachen entsprechend, daß gerade durch das vorliegende Bauprojekt endlich die Ausweisung von Dauerwohnungsgebieten in Nord-Westend spruchreif werde. Es seien mehr Felder abgeteilt worden als notwendig gewesen. Auf diesem Gelände sollen 1600 Wohnungen entstehen. Man würde die Verdrängten voll entschädigen, zunächst würde der Geländestreifen zwischen Fürstendamm und Eisenbahnrampe ausgewiesen werden. Was die Wohnungsinhaber beträfe, d. h. solche Leute, die sich dort eine Laube zur Dauerwohnung gemacht hätten (man rechnet mit 120 solchen Laubenbewohnern), so läme es darauf an, ob sie in die Liste eingetragen seien; jedenfalls wäre der Bau von 1600 Wohnungen die beste Garantie dafür, daß ihnen und anderen geholfen würde. Genosse Rickter drängte noch einmal auf energische Erledigung der Frage; ebenso wurden von der kommunistischen Fraktion unsere Anträge unterstrichen. Da sich unsere Fraktion von dem kommunistischen Verlangen, einen Ausschuss einzusetzen, nichts versprach, wurde die Sache der Wohnungs- und Siedlungsdeputation zu tatkräftiger Verfolgung und Kontrolle überwiesen. Zwei weitere wichtige Fragen, die Vorlagen betr. Nachtragsvertrag mit der Neu-Westend-Aktien-Gesellschaft

für Grundstücksverwertung in Siqu. über die Tieflegung und Regulierung der Spandauer Chaussee und betr. Abänderung der Fluchtlinien an der Kreuzung der Reichsstraße und Breitenallee und Umgebung wurden auf unser und anderer Parteien Verlangen in die nichtöffentliche Sitzung verwiesen. Die Frage des Kirchenbaus auf dem Gustav-Adolf-Platz wurde auf die kommende Sitzung verschoben, da gegen die Dringlichkeit Einspruch erhoben wurde.

### Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Sonntag, den 27. Februar 1927, nachmittags 3<sup>1/2</sup> Uhr, im großen Saal der „Philharmonie“, Bernburger Straße

### 3. Arbeiter-Sinfonie-Konzert

mit dem Philharmonischen Orchester unter der Leitung von Jascha Horenstein

1. Ouvertüre zu „Der Wasserträger“ . . . L. Cherubini
2. „Verklärte Nacht“, für Streichorchester A. Schönberg
3. Sinfonie in C-Dur . . . . . Franz Schubert

Preis der Eintrittskarte 1,50 Mark. Karten sind in der Geschäftsstelle des Arbeiter-Kultur-Kartells, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8 u. im Ortsausschuß des ADGB, Engelstr. 24/25, zu haben

### 9. Bezirk — Wilmersdorf.

Die Bezirksversammlung vom 16. Februar beschloß die Einrichtung eines hauswirtschaftlichen Jahres für Volksschülerinnen, die Ostern aus der Schule entlassen werden und infolge der noch keineswegs überwundenen Arbeitslosigkeit meist keine Lehrstelle finden. Die bisherigen Einrichtungen — wie Nähstuben usw. — haben den Gefahren, denen die jungen, beschäftigungslosen Mädchen zu leicht ausgelegt sind, keinen ausreichenden Damm entgegengelehrt. Um den jungen Mädchen die Verlängerung ihrer Schulzeit schmackhaft zu machen, soll nicht das Volksschulwissen im Mittelpunkt des Unterrichtes stehen, sondern die Erfordernisse der hauswirtschaftlichen Berufe, die Erweiterung der Allgemeinbildung, und vor allem — staatsbürgerliches Wissen. Damit wird eine von uns seinerzeit bei der Einrichtung der Frauenschule aufgestellte Forderung erfüllt, daß auch den Töchtern der werktätigen Schichten weitere Bildungsmöglichkeiten geboten werden, als die Volksschule darzulegen vermag, und die nicht im Rahmen der Tätigkeit der Berufsschule liegen. Hoffentlich hält diese neue Einrichtung in der Praxis das, was sie verspricht, damit die zunächst beschiedenen Versuche erweitert werden und auf andere Kreise auszuwirken können. Weiterhin wurde die versuchsweise Einführung der täglichen Turnstunde — zunächst an einer Volksschule — beschlossen, nachdem die Widerstände der Aufsichtsbehörde beseitigt worden sind. Auch hierbei steht und fällt das Gelingen des Versuches mit der Eignung der erforderlichen Lehrkräfte und der Voraussetzungen, wie: ausgedehnte Laufstrecken, Schulbrausebad und genügende überdachte Turnräume. Es soll durch besondere Ueberwachung der Kinder durch den Schularzt und die Schulfürsorgerin sowie durch besondere psychologische Beobachtungen durch die Lehrer Klarheit darüber erbracht werden, wie die tägliche Turnstunde auf den Gesamtorganismus der Jugend wirkt und welchen Einfluß das Turnen auf die geistige Leistungsfähigkeit ausübt. Einen ausgedehnten Zeitraum nahm schließlich die Behandlung der Frage der Ausweisung von Gelände für Dauer- und Kleingärten bzw. Wohnheimstätten in Anspruch. Da auf Magistratsbeschuß nur städtische und städtische Gelände hierfür in Frage kommen, soll auf den Vorschlag der städtischen Körperschaften ein Teil des ehemaligen Gasanstalts-

grundstücks in Schmargendorf für Dauersiedlungsgebiete und ähnliche Zwecke verwendet werden. Die SPD-Fraktion wird diesen Gedanken im Interesse der bisher auf Privatgelände untergebrachten Kleingärtner trotz des Widerstandes des Bezirksamtes nachdrücklich weiterverfolgen.

### 16. Bezirk — Köpenick.

Die Bezirksverordnetenversammlung am 16. d. M. hatte nur eine kleine Tagesordnung zu beräumen, doch war sie interessant durch Debatten, die sich an die von unserer Fraktion eingebrachten Anträge und Anfragen knüpften. Nach den Vorlagen des Bezirksamtes wurde der Neubau einer Bedürfnisanstalt auf dem Friedrich-Wilhelm-Platz in Köpenick und die Ausgestaltung des Geländes am Krankenhaus in Köpenick zu einem Volkspark debattiert beschlossen. Der Antrag unserer Fraktion betr. Verbreiterung der Brücken im Weichbild Köpenicks wurde vom Genossen Talsdorf begründet und darauf hingewiesen, daß die Verhältnisse dort sich zu katastrophalen Verhältnissen auszuwickeln drohen, für die die Bezirksverordnetenversammlung in Folge jeder moralische Verantwortung ablehnen müsse, wenn von der Zentralverwaltung nicht baldige Abhilfemaßnahmen eingeleitet würden. In der Diskussion benutzte der Deutschnationale Rier wie stets die Gelegenheit zu unverschämten Angriffen auf das Bezirksamt und insbesondere auf Genossen Bürgermeister Kohl. Die moralischen Ohrfeigen, die er sich bei dieser Gelegenheit holte und wortlos einsteckte, werden hoffentlich in Zukunft seine Anpöbelereien eindämmen. Ein weiterer Antrag betr. Errichtung von Fußgängerbrücken über den Blumengraben in Bohnsdorf fand einstimmige Annahme, sowie ein anderer betr. Ausbau der Volkshäuser. Bei dieser Gelegenheit konnte unsere Rednerin Gen. Wulke-Jankowski auf die trostlosen Verhältnisse der Köpenicker Stadtbücherei hinweisen, die der Bedeutung Groß-Berlins als Kulturstadt nicht würdig sind. — Die Anfrage unserer Fraktion betr. des Ausbaues der Straße 50 in Friedrichshagen gab unserer Rednerin, Gen. Rhode, Gelegenheit, auf die von kraftlosem Egoismus diktierten Forderungen der in Frage kommenden Anlieger und die Kirchturnspolit des dort gegründeten Klub der Rührerinnen gebührend hinzuweisen. Seine Ausführungen sowie die auf amtliches Material gestützten Darlegungen des Dezernenten, Genossen Stadtrat Ehrlich, waren natürlich den Wirtschaftsparteilern als Vertreter von Eigeninteressen sehr unangenehm. Die Beantwortung einer Anfrage der kommunistischen Fraktion betr. Verwertung der Albatroswerke in Friedrichshagen durch das Bezirksamt beendigte nach zweistündiger Dauer die Sitzung.

Ein Jubiläum. Heute begeht Genosse Hans Bud, Heidelberger Str. 75, seinen siebzigsten Geburtstag. Nach einer freudlosen Jugend kam er in jungen Jahren in Hamburg zur Partei, der er auch heute noch mit derselben Treue dient als vor 46 Jahren. In Berlin gehörte er während des Sozialistengesetzes zu den tätigen Genossen. Wegen Verbreitung verbotener Schriften wurde er mehrmals mit Gefängnis bestraft, so auch 1888, als die Sozialdemokratie eine Proklamation Wilhelms II. beantwortete, erhielt er nach langer Untersuchungshaft zwei Monate Gefängnis. Trotz aller Schikanierungen und wirtschaftlicher Rückschläge hat Hans Bud den Glauben an die Partei niemals verloren. Es ist sein sehnlichster Wunsch, daß sich die gesamte Arbeiterschaft wieder bald sammeln möge unter dem Banner der Sozialdemokratie. Wir wünschen dem verdienten Genossen, daß er diesen Tag noch erlebe.

### Musikaufträge

Überläßt man nun dem Radwais des Deutschen Musikverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63-64. Telefon 8277-78. Geschäftszeit 9-5, Sonntags 10-2 Uhr. Auf Wunsch: Vertreterbesuch.

Zur  
**Einsegnung!**  
Preiswerte Angebote in  
**Konfirmanden-Anzügen**  
Qualitätsware

**Sakko-Anzüge**  
dunkelblauer Cheviot  
39.- 35.- 29.- **25.-**

**Sakko-Anzüge**  
dunkelblau  
Kamagara - Cheviot  
68.- 55.- **45.-**

**Sakko-Anzüge**  
feiner  
Diagonal - Cheviot  
70.- 65.- 58.- **50.-**

Wäsche-Ausstattungen / Krawatten / Handschuhe / Hüte

**Eckers & Dyckhoff**  
GEDRAUDTENSTR. 8-9 AN DER PETRIKIRCHE

# OPEL

**Klein-Lieferwagen**  
4% **Mk. 3300.**

**Groß-Lieferwagen**  
(Tragfähigkeit des Chassis 1 1/2 T.)  
mit Aufbauten von **Mk. 5150.** an

PREISE AB WERK

ADAM OPEL · RUSSELSHEIM AM MAIN

# Eine neue Aktion zur Exportförderung.

## Deutsch-Rumänisches 200 Millionen-Geschäft.

Wie der rumänischen Presse zu entnehmen ist, verhandelt eine Gruppe deutscher Großbanken mit bestimmten, der rumänischen Regierung nachstehenden Kreisen über den Abschluß einer 200-Millionen-Anleihe für Rumänien. Unter den Voraussetzungen, daß entsprechende Sicherungen für das Geschäft geboten werden, ist in absehbarer Zeit der endgültige Abschluß dieser Anleihe zu erwarten.

Die Sicherungen dürften einesteiis durch die Art der Anlehengewährung selbst geschaffen werden, andererseits werden sie in gewissen Garantien bestehen, die das Deutsche Reich übernimmt. Zunächst sollen 40 Millionen der Anleihe in Berlin selbst „stehen“ bleiben. Mit Hilfe dieses Fonds soll, durch entsprechende Maßnahmen am Devisenmarkt, die Stabilisierung der rumänischen Währung aufrechterhalten werden. Für diesen Teilbetrag besteht also volle Sicherheit. Die übrigen 160 Millionen der Anleihe sollen dazu dienen, deutsche Warenlieferungen an Rumänien zu finanzieren.

In erster Linie denkt man wohl an Lieferung von Eisenbahnmateriale, sowohl für Neubauten als auch für Reparaturen. Das rumänische Eisenbahnnetz ist nämlich stark ausbaubedürftig und noch seit der Kriegszeit erheblich heruntergewirtschaftet. Weiter sollen die Arbeiten zur Elektrifizierung des Landes, Stromregulierungen an der unteren Donau, Straßen- und Hafenanbauten, also „öffentliche Arbeiten“ verschiedener Art, aus diesen Kreditmitteln finanziert werden. Das Reich wird sich dazu bereit erklären, für diese Warenlieferungen und Aufträge gegenüber den deutschen Unternehmern gewisse Garantien zu übernehmen — Ausfallbürgschaften für Nichtzahlung also, ähnlich der sogenannten 300-Millionen-Exportgarantie für deutsche Lieferungen an Sowjetrußland. Außerdem ist geplant, die deutschen Reparationszahlungen an Rumänien für mehrere Jahre hinaus als Garantie für die Rückzahlung des Anleihecredits festzulegen.

Daneben werden verschiedene Sicherungen, die jedenfalls noch durch weitere Garantien an die kreditgebenden deutschen Banken ergänzt werden sollen, werden diese in den Stand gesetzt, dem rumänischen Staat die Anleihe zu dem ganz außerordentlich niedrigen Zinsfuß von 3 Proz. zu geben. Da normalerweise Rumänien an anderer Stelle sicherlich einen Zinsfuß von 8 bis 9 Proz. zahlen müßte, bedeutet diese — durch die Garantie des Reichs ermöglichte — Zinsverbilligung von 3 oder 4 Proz. einen glatten finanziellen Vorteil in Höhe von rund 6 bis 8 Millionen Mark pro Jahr für den rumänischen Staat.

Die Frage, warum man deutscherseits Rumänien ein solches „Geschenk“ macht, ist wohl dahin zu beantworten, daß durch diese indirekte Vergütung, die nur dank des Bestehens der Reichsgarantien (wenn auch ohne größere direkte finanzielle Opfer der Reichskasse) möglich ist, eine alte „Schuld“ des Reiches an die rumänische Regierung abgetragen werden soll. Deutschland hatte während der Okkupation von Rumänien im Weltkrieg durch die Futarestet Banca Generala rumänische Devisen ausgegeben. Diese Devisen mußte Rumänien, um seine Währung zu schützen, nach Kriegsende einlösen. Rumänien verlangt nun bis auf den heutigen Tag, und zwar unter dem Druck der „öffentlichen Meinung“, eine besondere Entschädigung für diese Devisenangelegenheit sowie noch für einige andere Kriegslasten, und zwar über die jährlichen Reparationszahlungen hinaus. Dagegen steht die deutsche Regierung auf dem Standpunkt, daß durch den Dawes-Vertrag alle deutschen Wiedergutmachungsverpflichtungen einheitlich geregelt

sind, so daß besondere Entschädigungen nicht in Frage kommen. Der untrübsame Streit über diese Punkte, der vor zwei Jahren beinahe schon zu einem „Wirtschaftskrieg“ zwischen beiden Staaten geführt hätte, soll durch die geplante Regelung, deren Grundzüge wir eben geschildert haben, endgültig beigelegt werden.

Gleichzeitig werden jedenfalls verschiedene deutsche Forderungen endgültig geregelt, die sich auf die rechtliche Gleichstellung der Deutschen in Rumänien und auf die Regelung der rumänischen Vorkriegs-Anleiheverbindlichkeiten (Wiederaufnahme des Zinsendienstes für die in deutscher Hand befindlichen Stücke) beziehen.

Der größte Vorteil, den die deutsche Wirtschaft aus der Anlehengewährung an Rumänien ziehen kann, ist natürlich, daß dann auf Jahre hinaus und laufend deutsche Industrielieferungen großen Stils nach dem rumänischen Markt stattfinden können, der vor dem Kriege ganz überwiegend (zu etwa 70 Proz.) von Deutschland her versorgt wurde, der aber seit Kriegsende jahrelang fast völlig verschlossen war. Da Rumänien in den Besitz erheblicher Kapitalmittel kommt, seine natürlichen Hilfsquellen damit besser erschließen kann und obendrein noch einen politischen Gewinn erzielt, mag es wohl als „ehrliches“ Geschäft gelten, an dem beide Partner gleichen Nutzen haben. Das wird auch von der gesamten rumänischen Presse, die bisher zum Teil stark deutschfeindlich war, gern zugegeben.

Wenn dies Anleihegeschäft zustande kommt, wird es wieder einmal — hoffentlich vergessen das unsere Unternehmer nicht! — der Staat sein, die viel bekämpfte und geschmähte „öffentliche Hand“, die den Abschluß der Exportgeschäfte an Rumänien überhaupt erst ermöglicht, und die Gewähr für den glatten Verlauf des Geschäfts gibt. Ohne die Macht, die vorbereitende Tätigkeit und die finanziellen Opfer des Reichs ist ein nennenswerter Export nach Rumänien heute nicht durchzuführen. Die Sache hat aber auch ein Ader.

Wir konstatieren gern, daß das Reich lebhaft bemüht ist, den Export durch mannigfache Hilfsmittel zu fördern, um damit die Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Soweit es sich darum handelt, durch politische Intervention irgendwelche Hindernisse für den deutschen Export wegzuräumen, ist das sicher gut und schön. Anders liegen die Dinge da, wo das Reich sich finanziell engagiert, um durch Verbilligungsaaktionen der verschiedensten Art den Absatz deutscher Ware im Ausland zu erleichtern. Unter dem Deckmantel der „produktiven Erwerbslosenfürsorge“ darf keine neue Hochflut völlig unkontrollierbarer Subventionen für einzelne Industriezweige und -firmen begonnen werden. Die deutsche Industrie ist, nach der erfolgreich durchgeführten Rationalisierung, heute im Ausland voll wettbewerbsfähig (bis auf solche Waren, deren Rohstoffe durch deutsche Zölle künstlich verteuert werden!) — wenn sie die Preise nach den gesenkten Kosten bemißt. Sie würde nach einem entsprechenden Preisabbau auch auf dem Inlandsmarkt neue große Absatzmöglichkeiten finden. Darum ist es durchaus „fragwürdig“, warum das Reich finanzielle Opfer bringt, um die heutige Ueberflußproduktion auf die Auslandsmärkte hinaus zu pumpen und die inländische Kartellpolitik der Preishochhaltung damit noch zu unterstützen. Ein derartiges Verfahren hat keine Berechtigung mehr. Es wird deshalb bei der parlamentarischen Behandlung des Rumänien-Geschäfts, die erfolgen muß, nachdrücklich auf die Wahrung der volkswirtschaftlichen gegenüber den privatwirtschaftlichen Interessen zu achten sein.

26. Preussischer Städtetag, am 8. und 9. März der Reichsstädtebund), die sich ebenfalls mit den Fragen der Fernwärmerzeugung zu beschäftigen haben werden.

### Preischere und Preisabbau in Rußland. Erfolgreicher Kampf um die Preisenkung.

Eine der ernstesten Schwierigkeiten der russischen Wirtschaftsführung besteht in der Beseitigung der „Schere“ zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den Preisen der von den Bauern gelauteten Industrieprodukte. Der Absatz für die russische Produktion, die stark erhöht wurde, damit der Erfolg des Industrialisierungsprogramms, hängt davon ab. Trotz aller Anstrengungen hatte die Preisampagne bisher keinen Erfolg.

In seiner letzten Rede auf der Seningrader Parteikonferenz führte Bucharin aus, daß die Mittel für die Industrialisierung in erster Reihe mit Hilfe der Preispolitik aufgetrieben werden. Aber diese Quelle werde wohl bald versiegen. Die anormale Lage der Rohstoffversorgung droht mit neuen Schwierigkeiten. „Wir haben bereits die äußerste Grenze des wirtschaftlichen Drucks auf die Bauernschaft erreicht; es ist gefährlich, diese Grenze zu überschreiten.“ Mit noch größerer Deutlichkeit hat der Volkskommissar für Handel, Mikojan, dieses brennende Problem in einer besonderen Konferenz über den Preisabbau, erörtert. („Brawda“ Nr. 26.) Er hat im besonderen die große politische Bedeutung des Preisproblems unterstrichen. Ueber ein halbes Jahr stehe bereits das Problem des Preisabbaus auf der Tagesordnung, aber der Erfolg ist bis heute noch ausgeblieben. Vom 1. Mai bis zum 1. Januar sind die Preise für industrielle Erzeugnisse stabil geblieben, während die landwirtschaftlichen Preise um 12 Proz. herabgesetzt worden sind. Die „Preischere“ kauft immer weiter auseinander. Das gegenwärtige Verhältnis zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse führt unauflösbar zu einer verhängnisvollen Verringerung der Rohstoffpreise für den weiteren industriellen Aufbau. Nach den Angaben Mikojans sind die Preise im vorigen Jahre durchschnittlich um 10 Proz. gestiegen, was eine Verringerung des Arbeitslohns um 10 Proz. bedeutet. Er hat u. a. darauf hingewiesen, daß der monopolistische Charakter der industriellen und genossenschaftlichen Organisationen mit großen Gefahren verbunden sei.

Es sollen deshalb Maßnahmen ergriffen werden, um einen Preisabbau um mindestens 10 Proz. im Laufe der nächsten zwei bis drei Monate herbeizuführen. Es sei die höchste Zeit, der Preispolitik ein Ende zu machen, die letztlich auf der Herabsetzung der Lebenshaltung der werktätigen Massen beruhe.

In Ergänzung dieser Mitteilung wird eine Verordnung bekannt, wonach am 15. Februar d. J. die Lieferpreise für Baumstoffe um 5 Proz., für Trikotagenartikel um 5 bis 20 Proz., für Feinwaren um 5 Proz., für elektrische Birnen um 21 bis 44 Proz. für Farben um 10-15 Proz. herabgesetzt werden. Um den vorerwähnten Preisabbau in der Tat durchzuführen, ist das Volkskommissariat für Handel beauftragt worden, für den staatlichen Handel und die Genossenschaften einen

Höchstprozentfuß des Reingewinns festzustellen. Das Privatkapital, das zurzeit noch über zirka 22 Proz. des gesamten Warenumsatzes und über zirka 40 Proz. des Detailhandels verfügt, soll der staatlichen Regelung unterworfen werden, um es auf diese Weise allmählich durch rein ökonomische Mittel (wie in der Krisenregelung besonders hervorgehoben wird), sowohl aus der Industrie, als aus dem Handel gänzlich auszuschalten. Diese Behandlung des Privatkapitals, wie sie von der „Brawda“ vom 15. Februar gemeldet wird, steht allerdings in scharfem Widerspruch mit den bisherigen Versuchen, das Privatkapital dem russischen Wiederaufbau dienstbar zu machen.

### Die Januarumsätze der deutschen Konsumvereine.

Für die Beurteilung der Entwicklung der deutschen Konsumvereine ist der Januar ein Monat, dessen Umsätze nicht ohne weiteres mit denen des Dezember verglichen werden dürfen. Der Dezember ist auch für die Konsumgenossenschaften der Gesamtmonat des Jahres, weil die Weihnachtseinkäufe und die Silvesterversorgung den Umsatz außergewöhnlich steigern. Dennoch sind auch die Umsatzziffern des Monats Januar, wenn man sie, wie es allein berechtigt ist, mit dem Monat November und den entsprechenden Monaten des Vorjahres vergleicht, für die im Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften zusammengeschlossenen Vereine ein beachtenswerter Erfolg.

Wie vom Zentralverband berichtet wird, gingen in den 57 periodisch meldenden Konsumgenossenschaften mit ihren 1534251 Mitgliedern (mehr als die Hälfte der Gesamtmitgliedschaft) der Wochenumsatzziffern pro Mitglied zwar von 6,87 M. im Monat Dezember auf 5,88 M. zurück. Gegenüber dem Monat November jedoch, mit dem die Umsätze verglichen werden müssen, liegt noch eine Steigerung von 15 Pfennig pro Kopf vor, was für den Monat Januar, dem natürlich durch die Dezembereinkäufe stark vorgegriffen ist, eine sehr schöne Steigerung bedeutet. Vergleicht man aber den Januarumsatz pro Kopf von 1927 mit demjenigen von 1926, so ergibt sich eine Steigerung von nicht weniger als 1,51 M. pro Kopf oder 34,6 Prozent. Diese Steigerung ist noch erheblich größer als diejenige des Dezember 1926 im Vergleich mit dem Dezember 1925, die nur 28,2 Proz. betrug. Der höchste durchschnittliche Wochenumsatz wurde im Verbande sämtlicher Konsumvereine erzielt, wo er 7,66 M. betrug. Ihm folgte der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine mit 7,22 M., während der niedrigste Wochenumsatz pro Kopf im Verband südwestdeutscher Konsumvereine mit 3,72 M. zu verzeichnen war.

Die Umsatzsumme war in der Woche nach Neujahr mit 8,49 Millionen am niedrigsten und in der dritten Januarwoche mit 9,51 Millionen am höchsten. Wenn man vom Monat Dezember 1926, also dem Weihnachtsmonat absieht, ist in der ganzen Zeit seit der Stabilisierung ein ununterbrochener Aufstieg der Wochenumsätze pro Kopf zu verzeichnen, ein Zeichen, wie außerordentlich groß die Schlagkraft der Konsumvereine war und ist.

Die Kapitalerhöhungen, im Mannesmann-Konzern. In der Generalversammlung begründete die Verwaltung die Erhöhung des Aktienkapitals um 4,8 Millionen mit dem Ankauf der Firma Gebr. Meer in München-Gladbach und mit der Interessenernahme an der British Mannesmann Tube-Compagnie zu verstärken. Die Firma Gebr. Meer sei erworben worden, damit die Gesellschaft eine eigene Fabrik zur Verfügung habe, in der sie technische Verbesserungen für ihre Walzwerke und sonstige technische Hilfsmittel ausprobieren könne, bevor sie gegen den Willen der Gesellschaft allgemeine Verbesserungen fänden. Weiter wurde eine Erhöhung des Stammkapitals um 20 Millionen beschlossen; diese Kapitalien sollen zum Ausbau des Wertes hundert dienen, zur Errichtung eigener Hochöfenanlagen und der Verbesserung der Stahlwerksanlagen. Im Rhein habe die Gesellschaft sehr ausgedehnte Bestellungen in die Hand bekommen. Die Gesellschaft besitze auch einen Hofen und hoffe, die Anlagen, die dort errichtet werden, Ende 1928 in Betrieb nehmen zu können. Eine weitere Erhöhung um 20 Millionen Mark 7-prozentiger Vorzugsaktien soll dazu dienen, den Einfluß der Verwaltung gegenüber Dritten zu befestigen. Der Geschäftsgang bei dem Unternehmen ist nach Mitteilung der Verwaltung gut, so daß die Verteilung einer Dividende möglich wird.

Die Sanierung bei Daimler-Benz. Die seit einigen Monaten mit der Firma Benz fusionierten Daimlerwerke gehören, wie die Ufa und manche andere Großfirma, zu jenen Interessengebieten der Deutschen Bank, die nicht ohne deren Schuld notleidend geworden sind. Die inzwischen vorgenommenen Fusion mit Benz, die gebesserte Automobilkonjunktur, die gesunkenen Zinssätze und die erheblichen Rationalisierungsfortschritte in den vereinigten Werken haben jetzt scheinbar den Zeitpunkt reifen lassen, um die endgültige Sanierung der Werte vorzunehmen. Wie aus der Aufsichtsratsitzung der Daimler-Benz-Gesellschaft mitgeteilt wird, sind die im Dezember vorigen Jahres noch auf 26 Millionen bezifferten Bankschulden inzwischen auf 22 Millionen gesenkt worden. Von den damals auf über 11½ Millionen geschätzten laufenden und Steuerforderungen heißt es, daß ihr heutiger Stand durch ständige Mittel um rund 25 Proz. überdeckt sei, ohne daß dabei das im Dezember vorigen Jahres auf 55 Millionen Mark bewertete Warenlager zur Deckung herangezogen werden muß. Nach den Beschlüssen des Aufsichtsrats sollen die Bankschulden zum größten Teil durch eine hypothekarische Anleihe von 20 Millionen Mark (sechsprozentig und in 25 Jahren zu tilgen) abgelöst werden. Außerdem soll zur Ablösung der Restschuld und zur Verstärkung der Betriebsmittel (völliger Ausbau der Serienfabrikation neuer Typen) das heutige Aktienkapital von 36 Millionen Mark um 14 auf 50 Millionen Mark erhöht werden. Die 20-Millionen-Anleihe soll von einem von der Deutschen Bank geführten Konfession voll, aus der Kapitalerhöhung sollen von demselben Konfession 5 Millionen Mark Aktien übernommen werden. Ueber das vergangene Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß es keine Verluste bringen werde, doch berechtige der gegenwärtige hohe Auftragsbestand zu der Erwartung, daß das laufende Jahr die Gesellschaft erstarren lassen werde, falls die in den letzten Monaten eingetretene günstige Entwicklung der Automobilindustrie anhält.

Getreidezölle und Sozialdemokratie. Auch in Oesterreich ist gegenwärtig ein Kampf um höhere Getreidezölle im Gange. Der sozialdemokratische Abgeordnete Otto Bauer legte im Nationalrat die Stellungnahme der österreichischen Sozialdemokratie dahin fest, daß eine Zollerhöhung die Ründigung von Handelsverträgen begünstigen müsse, was durch die folgende Einschränkung des industriellen Exports die Arbeitslosigkeit verschärfen müsse. Demgegenüber empfahl er die Gewährung von Prämien für inländisches Vieh, was die inländische Viehmast anregen und die Konsumenten weniger belasten würde. An Stelle der erhöhten Getreide- und Wehzzölle empfahl er weiter die Aufhebung der Warenumsatzsteuer auf Mehl und Mehlprodukte.

Die bayerische 75-Millionen-Anleihe überzeichnet. Wie gemeldet wird, bedeutet auch die Zeichnung auf die sechszehnjährige bayerische Staatsanleihe im Gesamtbetrag von 75 Millionen Mark einen vollen Erfolg. Der Erfolg ist ausreichend, um auf die sogenannten freien Zeichnungen nur 65 Prozent des gezeichneten Beitrages zuguteilen.

### Der Stand der Ferngaspläne.

Von der Tagung der Gas- und Wasserfachmänner.

Am 21. und 22. Februar fand in München die außerordentliche Tagung des Vereins deutscher Gas- und Wasserfachmänner statt, deren Hauptgegenstand das Problem der Ferngasversorgung war, und zwar in der Form jener Vorschläge, die von der Aktiengesellschaft für Kohleverwertung Essen von der deutschen Öffentlichkeit in den letzten Wochen lebhaft diskutiert worden sind. Auf dieser Tagung wurden Erklärungen abgegeben, die für den gegenwärtigen Stand der Frage außerordentlich symptomatisch sind.

Wie schon länger bekannt, hatte die U.-G. für Kohleverwertung Essen für diese Tagung der Gas- und Wasserfachmänner fest zugesagt, daß sie als Diskussionsgrundlage eine ausführliche Denkschrift über das Problem und über ihre Absichten im besonderen vorlegen werde. Die Diskussion dieser Denkschrift sollte denn auch der Hauptgegenstand der Tagung sein. Der Vorliegende sah sich aber zu der Erklärung genötigt, daß die verprochene Denkschrift der Kohleverwertungs-U.-G. Essen nicht eingetroffen sei und er bemerke weiter, daß es durchaus zweifelhaft sei, ob sie je eintreffen werde. Dr. Wölgler, der gelagt habe, daß „mit einer halben Flasche Selt im Leibe“ die Frage der Ferngasversorgung sich im Laufe von zwei Monaten leicht regeln lassen werde, habe sich geirrt. Die Kommissionen, die bisher verhandelt hätten (worunter zweifellos die von der Wirtschaftlichen Vereinigung Deutscher Gaswerke einerseits und den Vertretern der U.-G. für Kohleverwertung andererseits gebildete Kommission zu verstehen ist) seien zwar angesehene Kommissionen gewesen; ihre Verhandlungen schlossen für die deutschen Gaswerke keinerlei Verbindlichkeit in sich. Die letzte Entscheidung über die ganze Frage liege bei den Städten, die im Besitz der Gaswerke seien. Bloßer liege keiner einzigen Stadt in Deutschland ein konkreter Vorschlag der U.-G. für Kohleverwertung in Essen vor, auch sei naturgemäß auch noch kein neuer Lieferungsvertrag mit den Ruhrzechen geschlossen.

Diese Mitteilungen auf der Tagung des Vereins deutscher Gas- und Wasserfachmänner, der entscheidenden Organisation der deutschen Gastechnik, werden ihre alarmierende Wirkung auf die Öffentlichkeit über den gegenwärtigen Stand der Ferngaspläne sicher nicht verfehlen. Es hat durchaus den Anschein, daß die U.-G. für Kohleverwertung und damit das Zechenkapital an der Ruhr nicht mehr darauf hofft, einen Ueberertragungssteg zu erzielen, wie er zweifellos beabsichtigt war. Inmierhin ist es wahrscheinlich, daß man nicht auf die Durchführung der Pläne überhaupt verzichtet, sondern sich nur auf längere Sicht eingestellt hat. Die in München enthüllte Sachlage wird aber von erheblicher Bedeutung sein für die demnächst stattfindenden großen Tagungen der deutschen Städte (am 25. Februar Deutscher Städtetag, am





## Des Lobes voll...

schreiben uns täglich zahlreiche Hausfrauen, die in Suma das Waschmittel gefunden haben, welches auch den hartnäckigsten Schmutz entfernt, ohne im geringsten anzugreifen.

— so schreibt Frau Oberschulrat Lindner, Berlin:

„Endlich einmal ein Waschmittel, das vollkommen weiße Wäsche gibt und nicht angreift. Ihr neues Fabrikat Suma steht unerreicht da in seiner Güte, und nicht zu unterschätzen sind die Ersparnisse an Zeit, Mühe und Geld, die damit verbunden sind.“

Kaufen Sie noch heute Suma für den nächsten Waschtag; auch Sie werden davon entzückt sein.

„Sunlicht“ Mannheim



## guter Geruch

der Lederpasta ist das untrügliche Merkmal dafür, daß für die Herstellung nur gute Materialien verwandt worden sind. Verpestet Ihre Schuhcreme den Raum, in dem Sie putzen, so haben Sie allen Grund, ungehalten zu sein. Restlose Zufriedenheit werden Sie haben, wenn Sie verwenden die meistgekauft Lederpasta

## Erdal

putzt die Schuhe  
pflegt das Leder!



### Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin

#### Bekanntmachung

Nachdem auf die Bekanntmachung vom 20. Januar 1927 bezügl. die Wahlberechtigung nur je eine gültige Wahlberechtigung (S. 7 und 24 der Wahlordnung) eingeträcht worden ist, gelten die im Wahlverzeichnis des Verbands genannten Bewerber ohne weitere Wahlberechtigung als gewählt.

- Es sind dies:
- a) aus dem Kreise der Arbeitgeber:
    1. Herr Otto Cronau, Berlin, Frankfurter Allee 301
    2. Herr Ernst Kallweit, Berlin, Steinwalder Straße 46
    3. Herr Albert Hübner, Berlin, Frankfurter Allee 37
    4. Herr Franz Anders, Berlin, Königsberger Straße 20.
  - b) aus dem Kreise der Arbeitnehmer:
    1. Herr Alwin Kramm, Berlin, Luisenparkstraße 15
    2. Herr Wally Lindemann, Berlin, Wasserlocher 6
    3. Herr Heinrich Röder, Berlin, Steinwalder Straße 40
    4. Herr August Voigt, Berlin, Köpenicker Straße 26
    5. Herr William Kiege, Berlin, Köpenicker Straße 24
    6. Herr Richard Witting, Berlin, Köpenicker Straße 20
    7. Herr Hubert Stassenhoyer, Berlin, Köpenicker Straße 43
    8. Herr Richard Wietens, Berlin, Köpenicker Straße 76.

Alle Erkrankten treten bis hiernach noch nicht gewählten Vertreter in der Reihenfolge ihrer Benennung ein.

Die Gültigkeit der Wahl kann gemäß § 20 der Wahlordnung innerhalb eines Monats nach der Bekanntmachung des Wahlergebnisses angefochten werden. Anfochtungen sind beim Bezirksamt der Stadt Berlin oder beim Landesamt zu beantragen. Die Entscheidung über die Anfochtung steht dem Bezirksamt zu.

Berlin, den 17. Februar 1927.  
Der Vorstand der Innungskrankenkasse der Tischler-Innung zu Berlin.

Auch gegen alle Gallensteine, Leber- und Gicht, Gallenblasenentzündung, Magen- und Darmträgheit, Herzkrankheiten, Gicht, Rheumatismus, Nierensteine, Nierenleiden, Wassersucht, Blasensteine, Blasenkatarrh, innere Verhärtung, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden, Zuckerkrankheit, Nervenkrankung, Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigkeit, Adernverkalkung, Lungenleiden und offene Beine ist zu empfehlen.

### Stern-Engel-Tee

Giftfrei, D.R. Patent, ges. gesch. Bewährtes Harnsäurezeretzungs- und Ausscheidungs-Mittel.

Aerztlich erprobt und empfohlen! Auf die der Krankheit entsprechende Mischung wird besonders aufmerksam gemacht.

Zu haben in den meisten Apotheken. Direkte Bezugsquellenangabe u. Beweismaterial durch Sternengel-Tee-Größervertrieb, Bad Schandau-Elbe.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 27. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, in den „Sophien-Sälen“, Sophienstr. 17 18

### Branchenversammlung der Eisen-, Revolvermacher und Drehmaschinen sowie Rundschleifer

Zugordnung: 1. Der Vortrag des englischen Fernschreiberherstellers und seine Auswertung. Referent: Heinrich Köhler. 2. Die Gründung des Rahmenverbandes. Referent: Dr. Schöckel. 3. Der Sozial um 1 Uhr geräumt sein muß. 4. Der Vortrag des pünktlichen und selbstlosen Dr. Heinen. Die Ortsversammlung.

### Domino-Masken

von 10 Btg an Mützen 2 Btg 20 Btg an Alle Karneval- und Festartikel sehr billig

Markgrafenstraße 84, an der Lindenstraße

### Zuckerkrankke

Fragen Sie Ihren Arzt Ob. A. Siggers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche, hochinteressante Schriften durch Pr. Löw, Walldorf 837 (Hessen).

### Radio-Anlagen

ohne Anzahlung nach 5 Monatsraten à M. 5.— Ihr Eigentum

Ferner in Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft

BERLIN NW 40 Radiotyp, Alt-Moabit 124 Tel. Noabit 9230 (gegenüber dem Kriminalgericht)

### Achtung! Billiger Fleisch- und Wurstverkauf

billig und gut 40 Thierstraße 40



### Wohin man auch hört: -Grippe-Grippe-Grippe-

Warten Sie nicht, bis dieser unheilvolle Feind auch Sie am Krage hat.

Vorbeugen ist besser, als heilen!

### Stuvkamp-Salz

Es sorgt für normalen Stoffwechsel, hilft das Blut sowie die inneren Organe von schädlichen Ablagerungen rein zu erhalten und verhilft dadurch das Gefühl von Gesundheit und Lebensfreude.

Die tägliche kleine Dosis kostet Sie nur 1 Pfennig. Originalflasche zu RM. 1.— u. RM. 2.— in Apotheken u. Drogerien.



## Im rasenden Express

der unseren berühmten Dr. Ali Nabi mit unserem Münchner Händl zu uns bringt, sind die feinen Zuban-Marken als Zigaretten von internationalem Ruf bekannt.

## „Lucy Doraine“ ist die berühmteste

aller weltbekanntesten Zuban-Schöpfungen. Aus den erlesensten Tabaken schuf Dr. Ali Nabi streng verschwiegen eine Komposition höchster Vollkommenheit. Sein Rezept gibt der göttlichen „Lucy Doraine“ die liebliche Süße und den zarten Duft, die selbst den Überbeschäftigten in der geräuschvollen Hast des Werktags beruhigend beglücken.

## „Lucy Doraine“ die erlesene Zuban-Fünfer.

# Billige Lebensmittel

Nur  
**LEIPZIGER STRASSE  
ALEXANDERPLATZ  
FRANKFURTER ALLEE**

## Wurstwaren

Rotwurst ..... Pfund 70 Pf.  
Große Mettwurst Pf. 95 Pf.  
Lapfleberwurst Pfund 1,00  
Speckwurst ..... Pfund 1,00  
Jagdwurst ..... Pfund 1,20  
Fleischwurst ..... Pfund 1,20  
Mettwurst Dr. Art. Pf. 1,30  
Hildesheimer ... Pfund 1,30  
Teewurst ..... Pfund 1,80  
Holst. Zerv. u. Salami Pf. 1,80

## Käse und Fette

Frühstückskäse Stück 15 Pf.  
Camembert, Kesselschicht 30 Pf.  
Harzorkäse Kist. ca. 1 Pf. 55 Pf.  
Allg. Limburger Pfund 63 Pf.  
Tilsiter Käse Pf. 70 und 95 Pf.  
Holländer Käse Pfund 80 Pf.  
Vollfett Limburger Pf. 1,15  
Margarine Pfund 55 und 62 Pf.  
Kokosfett 1-Pfd.-Paket 60 Pf.  
Griebschmalz Pfund 85 Pf.

## Freisches Fleisch

Berliner Schlachthausware

Pa. Schweineschinken ..... Pfund 95 Pf.  
Pa. Schw.-Schulterblatt ..... Pfund 94 Pf.  
Pa. Schweinebauch ..... Pfund 92 Pf.  
Pa. Schweinekotelett ..... Pfund 1,18  
Pa. Schweinekamm ..... Pfund 1,12  
Pa. Kassler-Kamm ..... Pfund 1,14  
Talg ..... Pfund 56 Pf.  
Pa. Rückenfett ..... Pfund 84 Pf.  
Eisbein ..... Pfund 70 Pf.  
Pa. Schmortfleisch ..... Pfund 1,14  
Pa. Rouladen ..... Pfund 1,20

Pa. Ochsen-Schmortfleisch ..... Pfund 90 Pf.  
Pa. Ochsenroastbeef ..... Pfund 78 Pf.  
Pa. Ochsen-Suppenfleisch ..... Pfund 50 Pf.  
Pa. Ochsenbrust ..... Pfund 58 Pf.

Pa. Suppenfleisch ..... Pfund 78 Pf.  
Pa. Fehrippe u. Brust ..... Pfund 88 Pf.  
Pa. Gulasch ..... Pfund 92 Pf.  
Pa. Schabefleisch ..... Pfund 1,18  
Pa. Hammelfleisch ..... Pfund 96 Pf.  
Kalbskamm ..... Pfund 72 Pf.  
Kalbsflankenbraten ..... Pfund 80 Pf.  
Kalbskeulen ..... Pfund 88 Pf.  
Pa. Mastkalbseini zel. .... Pfund 2,00  
Fr. Ochsenbacken ..... Pfund 50 Pf.  
Pa. Schweinenieren ..... Pfund 85 Pf.

Pa. Ochsen-Gulasch ..... Pfund 78 Pf.  
Pa. Kuhenter ..... Pfund 34 Pf.  
Pa. Schweineköpfe ..... Pfund 50 Pf.  
Pa. Gehacktes ..... Pfund 76 Pf.

## Obst- und Gemüsekonserven

Ananas ..... 1,60  
Birnen 1/4 Frucht ..... 78 Pf.  
Preiselbeeren ..... 88 Pf.  
Reineclauden ..... 1,15  
Apfelsinen ..... 38 Pf.  
Kaiserschoten ..... 1,85  
Junge Erbsen sehr fein 1,54  
Junge Erbsen fein ..... 1,25  
Jg. Erbsen mittelzeln. 84 Pf.  
Jg. Erbsen ..... 70 Pf.

Gemüseerbsen ..... 62 Pf.  
Gem. Gemüse fein ..... 1,44  
Gem. Gemüse mittelz. 1,00  
Leipziger Allerlei ..... 85 Pf.  
Jg. Erbsen fein m. Kar. 1,25  
Jg. Erbsen m. gesch. Kar. 70 Pf.  
Jg. Karotten geschalt. 40 Pf.  
Junger Spinat ..... 46 Pf.  
Junger Kohlrabi ..... 46 Pf.  
Sellerie ..... 1,00

**Hoikerelbutter** Pfund 2<sup>00</sup>  
**Speisetaig** 1-Pfd.-Tafel 55 Pf.  
**Rohschmalz** Pf. 80 Pf.

**Frisch gebrannter Kaffee**  
aus eigener Rösterei, Pfund 2<sup>30</sup> 2<sup>60</sup> 3<sup>20</sup> 3<sup>60</sup>

**Tee** Panjong Pf. 3,50 Ceyl.-Orange Pf. 5,50  
Ind. Pekoe Pf. 4,50 Gold-Orang. Pf. 6,50

**Silfa und Röhrlinnowan**

Rohlinnowan Kopfkorn ganze 24 Pf.  
Seelachs Kopfkorn ganz 22 Pf.  
Gelbe Heringe 80 u. 45 Pf.  
Sander gefroren, Pf. 75 Pf.

Fleckerlinge Pfund 50 Pf.  
Seelachs 50 Pf.  
Matrelbücklinge 24 Pf.  
Matrelbücklinge Kiste ca. 3 Pf. Inhalt 1<sup>10</sup>

**Konfitiven** Bimer ca. 2 Pfund  
Erdbeer, Aprikosen, Kirsch 1<sup>45</sup>  
Pflaumen 1<sup>20</sup>  
Pflaumenmus 1<sup>05</sup>

**Kolonialwaren**  
Valencia-Reis ..... Pfund 28 Pf.  
Palm-Reis ..... Pfund 32 Pf.  
Eier-Schnittmehl Pf. 45 Pf.  
Eier-Fadennudeln Pf. 50 Pf.  
Eier-Hörnchen Pfund 50 Pf.  
Eier-Makkaroni Pfund 55 Pf.  
Kalif. Backobst Pfund 45 Pf.  
Kalif. Ringäpfel Pfund 59 Pf.  
Kaliforn. Birnen Pfund 65 Pf.

**Obst und Gemüse**  
Weiß-Wirfling-Hollfobl Pf. 7 Pf.  
Zwiebeln Pfund 7 Pf.  
Sellerie gewaschen Pfund 15 Pf.  
Mandarinen Pf. 40 Pf.

Äpfelzinen 4 Pfund 95 Pf.  
Zitronen Dutzend 40 Pf.  
Amer. Nektar Pf. 38 Pf.  
Bananen Pfund 48 Pf.

## Sonderangebot aussergewöhnlich billiger Tischweine zu 4 Einheitspreisen

Istria-Gold vorzüglichster Stärkungswein ..... (1/2 Liter) pro Flasche **95** Pf.  
Sonnegarten roter spanischer Bauswein ..... (1/2 Flasche) pro Flasche **95** Pf.  
1925er Nalkammerer Leites vorzüglicher Bauswein, (1/2 Fl.) pro Flasche **95** Pf.  
Johannisbeerwein hervorragende Qualität, (1/2 Fl.) pro Flasche **95** Pf.  
Cider ausser Apfelwein, (1/2 Fl.) pro Flasche **95** Pf.  
Feiner Tarragona wein, alt und abgelagert, (1/2 Flasche) pro Flasche **95** Pf.  
Himbeer- u. Kirsch-Saft (1/2 Fl.) pro Flasche **95** Pf.

1923er Chät. La Tour de Bessan pro Flasche **190**  
1922er Crü de Mazerolles .....  
Original Insel Samos sehr gute Qualität .....  
Vorzüglicher alter Malaga .....  
1922er Kalistädter-Steinacher Naturgewächs Kobler .....  
1923er Schloss Böckel, Mühlberg Spätlese .....  
1922er Lieserer Kirchberg ....

1921er Chateau La Tour Carnet gehalten im Bordeaux pro Flasche **285**  
1920er Graves superieur vorzügl. weisser aus er Bordeaux .....  
1922er Chät. Leoville-Peyferre, St. Julien .....  
Ma'aga-Gold zeitlicher Jausertwein .....  
Alter Douro-Portwein .....  
1921er Wiltinger-Rosenberg .....  
1921er Wallhäuser-Johannisberg .....

1921er Chät. Haut Brion-Larrivet Berv. ra. nder Bordeauxwein pro Flasche **450**  
1921er Ockenheim, Steinkaufweg vorzügl. roter Tafelwein, Naturgew. Mühlberg .....  
1920er Zellinger Himmereich Original-zweisch. Koppelkamm .....  
1920er Vorzügler Würzgarten Originalgewächs: elisch .....  
1920er Badesheimer Berg Ros neck Original-zweisch. Rot .....  
1923er Kreuznach, Schönefeld-Tippich, Riesling Spät-Aus. eso

Preise einschließlich Steuer, ohne Flasche

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7 1/2 Uhr: Tristan u. Isolde  
Schauspielhaus 8 U.: Der Barbier von Sevilla  
Schiller-Theater 8 Uhr: Raxia

**Städtische Oper**  
Charlottenburg 7 1/2 Uhr  
Das Glöckchen des Eremiten Abonn.-Turnus II

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-37 8 Uhr: 3  
Reichardt v. Goissonau von Wolfgang Goetz  
Regie: Heinz Hilpert  
Morgen bis Mittwoch, d. 2. März  
**Bonaparte**

**Kammerspiele**  
Norden 10334-37 8 1/2 Uhr:  
Vorl. Aufführung  
**Germaine**  
(Amourette) von Porto-Riche  
Bühn. F. L. Lantana.  
Ab Sonntag:  
Die Gefangene

**Theat. u. Hollendorpl.**  
Kurfürst 2091 8 Uhr:  
**Max Adalbert**  
in „Höllers“

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7514 8 1/2 Uhr:  
**Die Perle**  
von Tristan Bernard  
Regie: Fritz Lantana  
Nachvorstellung 11 Uhr:  
Rasch ein Hind

**Volksbühne**  
Theater am Blödwitz 7 1/2 u. Schillbauerdamm 8 Uhr: Täglich 8 Uhr:  
**Traumspiel** Das Grabmal  
Morgen 8 Uhr: des unbekanntes  
**Traumspiel** Soldat.

**Wallner-Theater**  
8 1/2, Der Schläger 8 1/4  
**Das blonde Wunder**  
Sonntag 3 1/2: Hans d. Sabinerinnen.

**Komische Oper**  
Allabendlich 8 1/2 Uhr:  
**Sünden der Welt**  
Die weltstädtische  
**James-Klein-Revue**  
Sonntag nach 1 Kind und bei halben Preisen.  
250 Mitwirkende. / Theaterk.  
ab 10 Uhr ununterbr. geöffnet

**HAGENBECK**  
Neue Wege der Circus-Kunst

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Das wundervolle Febr.-Programm!  
Nachmittags: halbe Preise, volles Programm!  
**Dönhoff-Brett's**  
Varieté, Konzert, Tanz.

**TAUENTZIEN-PALAS**

# Stieik

REGIE  
EISENSTEIN  
6 8 10  
Vorverkauf 12 ~ 2  
UHR

**Central-Theater**  
Heute 7 Uhr:  
**Premiere**  
Der blonde Zigeuner  
Operette von Max Kapf.  
Ivan u. Marie Löhner:  
H. Wiltberg, Altman,  
Ella, Kallisch, Gwar,  
Willa, Käthe

**Dover - Calais**  
Käthe, v. Thellmann,  
Branwen

**Kaller-Revue**  
Theater im Admiralspalast  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**An u. aus**  
2 Vorstellungen  
3 u. 8 1/2 Uhr:  
Nachm. die ganze  
Vorstellung zu  
halben Preisen!

**Interieren**  
brin = ERFOGL!

**KREDITHAUS**

**Auf Teilzahlung**  
auf  
**Einsegnung**  
Einsegnungs - Anzüge  
u. Einsegnungs - Kleider  
**Auf Kredit**  
Herren- u. Damen-  
Garderoben  
Auswahl kolossal / Billigste Preise!

**Anders**

**Reinickendorfer Str. 16**  
Größtes Haus am Nettelbeckplatz,  
am Bahnhof Wedding.  
Parterre, I., II., III., IV. Etage

**SCALA**  
Nollendorf 7360 8 Uhr:  
**Powers Tanz-  
Elefanten**  
und andere  
**Variete-  
Neuheiten!**  
Jeden Abend 8 Ubr  
2 Vorstellungen  
3 u. 8 Uhr.  
3 u. 8 Uhr.  
3 u. 8 Uhr.  
Preise d. ganze  
Programm

**Neue Welt**  
A. Scholz Hasenheide 108, 114  
Freitag, den 25. Februar 1927  
sowie täglich  
**Bockbierfest**  
in den bayer. Alpen / 8 Kapellen  
Neue Dekorationen. / 30 bayer. Madl  
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.  
Voranzeige: Sonntag, 27. Februar 1927  
**Bockbierfest und Großer Alpenball**  
Sonntag, den 26. Februar 1927  
**Ausverkauft!**

**CASINO-THEATER** 8 Uhr:  
**Ein Tag im Paradies!**  
Ab 3. März: Familie Habenichts!  
Ausscheiden - Gotschela 1-4 Pers.  
Fauteuil nur 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

**Rose-Theater**  
8 1/2 U.: Das Ein-  
familienhaus

**Walthalla-Theat**  
Walthalla 7 1/2, 8 1/2  
Es war einmal  
in Heidelberg  
mit 4. Schlägerfest  
Ich hab' mein Herz in  
Heidelberg verliebt  
Vorstellung 3 u. 8 Uhr  
Käte Schmidt-Samsel  
Gaston Brice

**Winter-  
Garten**  
Rauchen gestaffelt

**Besonders wirksam sind die  
in der Gesamt-Ausgabe billig!**  
des Vorwärts und trotzdem

**Aufklärende Vorträge**  
über  
**Ruilo-Knoblauchkur**  
Freitag, 25. Februar: Kasino-Festsäle (Emma  
Paul), N 58, Pappelallee 13.  
- Näheres siehe Anschlagtafel. -  
Eintritt frei, 8 Uhr abends. Eintritt frei.  
Haben Sie Beschwerden wie Alterserschlännungen,  
Arterienverkalkung, Gicht, Rheuma, nervöse Be-  
schwerden, Kopfschmerz, Magen-, Darmstörungen, dann  
Vorzeit. 30% Ermäß.  
Käte Schmidt-Samsel  
Gaston Brice

**Weinbrand**  
Vorschnitt  
**Qualität**  
und doch  
**nur**  
1/1 Flasche 2,75  
inkl. Glas  
und Steuer  
**550**  
in den ca  
Hermann MEYER u. Co.  
A. G.  
Fildern

## Der Fall der Bassejnaja StraÙe.

3) Von Alegej Tolstol.  
(Berechtigte Uebersetzung aus dem Russischen von A. Wasserbauer.)  
(Schluß.)

Dieser Krepensich in der Bar schien eine Vision zu sein für das Leben eines vornehmen Banditen. Alles weitere war nur mehr das Werk Marys. Michail führte bloß ihre Befehle aus. Sie machte ein Zimmer mit separiertem Eingang und Schlüssel in der Bassejnaja StraÙe ausfindig, wo sie sich aufhalten konnte, ohne polizeilich gemeldet zu sein. Michail mußte den Krepensich ununterbrochen verfolgen, um über seine geschäftlichen Operationen am laufenden zu sein. Hinter den Kassenschaltern der Bank wurden dem Krepensich ungeheure Summen ausbezahlt. Der kam jetzt täglich in die Bar und interessierte sich ausschließlich für Mary. Aber sie setzte sich kein einziges Mal an seinen Tisch, reizte ihn nur aus der Ferne. Als alles bereit war, sagte sie zu Michail:

„Um neun Uhr abends kommst du heute in die Bassejnaja StraÙe. Vergiß den Revolver nicht, mit bloßen Händen wird man nicht viel erreichen können!“

Auf dem Wege nach Hause kaufte sich Michail eine Flasche Wodka für vierzig Kopeken und trank sie im Park aus. Dachte, das würde wirken, aber es fröstelte ihn trotzdem. Bis neun Uhr wälzte er sich auf dem Bett. Als es im Speisezimmer, wo der Vater schlief, neun Uhr schlug, sprang er auf, nahm aus der Tischlade den Revolver und begann sich schüchtern zu betreten.

Um zehn Uhr war er am Ziel. Mary machte ihm die Tür auf. Hülflos trat sie ihn ins Zimmer zog:

„Hast du niemand auf der Treppe begegnet? Still, schweig, kein Wort! Warum riechst du so nach Wodka? Hast du Angst?“

„Keine Rede — du hast Angst!“

„Red' keinen Unsinn! . . . Stampfe nicht mit den Absähen! Höre aufmerksam zu: Du bleibst hier, ich gehe fort. Wenn du hörst, daß ich mit ihm komme, stellst du dich hinter diesen Vorhang hier. . . Dort steh' und rühr' dich nicht, egal, was ich tun werde. Wenn ich sehe, daß er schon besoffen ist, kratze ich in die Hände. Dann springst du hervor, mit dem Revolver.“

Mary zog den Hut an, puderte sich rasch, ordnete ihr Haar an den Schläfen und lief fort. Michail blieb allein. Was erlebte er alles in diesen zwei Stunden des Alleinseins! Es wurde bloß festgestellt, daß er eine große Karaffe Wodka und außerdem noch einen Teil des Wachsens ausgetrunken hatte.

Punkt zwölf wurde das Kopengelächel Marys auf der Treppe hörbar. Als erster trat Mary ins Zimmer, hinter ihr der Krepensich, athemlos schnaubend, auf dem Arm Champagner und Obst. Er fiel sogleich in einen Stuhl. Mary schaute ununterbrochen, sicherte. „Tante“ versuchte, sie zu halten, sie zu sich aufs Knie niederzuziehen, aber lachend entwich sie stets.

„Also trinken wir . . . obwohl ich fürs Trinken nicht sonderlich begeistert bin . . . Ich werde rasch betrunken.“

„Ich und ich liebe Champagner über alles! Sie können sich gar nicht vorstellen, wie! Ich bin imstande, drei Flaschen hintereinander auszutrinken!“

„Auf was wollen wir denn trinken?“

„Auf Ihre Zukunft!“

„Fein ausgedacht . . . auf eine bessere Zukunft. . . Ach, Teufel noch mal, Mädel, nicht einmal im Traum kannst du dir vorstellen, wie wir früher gelebt haben. Und jetzt begnüge ich mich mit so einem angenehmen Ueberbleibsel. . . nu, ärgere dich nicht.“

„Ich werde mich ärgerlich über auf jeden Fall: trinken Sie!“

„Komm zu mir! . . . Wie unruhig du bist!“

„Ich komme, aber trinken müssen Sie!“

„Auf was noch?“

„Auf unsere künftigen Beziehungen!“

„Oho! . . . Warum nicht — wir werden sehen. . . wenn du nett bist!“

Er öffnete die zweite Flasche. Mary sah auf seinen Anier, trampelte mit dem Füßchen. Er kam bereits in Schweiß und kühlte sie. . . Noch immer gab sie Michail kein Zeichen — lachte und trank. Lobungslüchlich, vor Angst kaum zu atmen wogend, stand er hinter dem Vorhang. Er hätte sich am liebsten auf den Krepensich gestürzt, ihn durchgehaut. Aber die große Wassermenge, die er genossen hatte, verjagte die letzten Rutwirkungen des Wodka.

„Nein — noch nicht, warten Sie. . . Sollen Sie mich . . .“

In seiner Verzweiflung und grenzenlosen Erniedrigung schluchzte Michail laut hinter dem Vorhang, und der schwere Revolver fiel laut aus seinen Händen auf den Fußboden. Sofort wurde es still.

„Wer ist da bei Ihnen?“ fragte die „Tante“.

„Schurke! Feigling!“ schrie Mary, rief sich von ihm los und zog den Vorhang fort. Ihr Gesicht loderte vor Aufregung und Wut: „Ausneider!“ Und sie schlug auf das unglückliche Gesicht Michails ein. „Run — du Narr?“ Sie ergriff den Revolver und näherte sich damit dem Krepensich. Der fiel sofort in den Behnstuhl und hob die Arme. Sein Untergesicht fiel herab.

„Geld! — oder ich schieße!“ sagte Mary.

„Ich habe keins bei mir,“ sagte die „Tante“, das Gebiß schließend. „Schreiben Sie nicht, hören Sie mich an.“

„Geld her! — Wenn Sie schreien, dann.“

„Ich habe das Geld zu Hause bei meinem Kompagnon. Ich trage doch kein Geld bei mir.“

Auf diese Wendung der Sache war weder Mary noch Michail gefaßt. Der Revolver bebte in Marys Hand. Michail stand mit geballten Fäusten hinter ihr. „Tante“ war außer sich vor Angst.

„Drehen Sie nicht an ihm herum, sonst geht er unbedingt los! Ich gebe euch Geld, zum Teufel, aber man muß erst darum fahren.“

Entschlossen zog Mary ihr Hüßchen aus und bejaht Michail, es zu gereichen, und dem Krepensich damit die FüÙe zu fesseln. „Tante“ streckte die Beine aus und wurde mit Marys Hüßchen gefesselt. Nachzend schielte er ununterbrochen nach dem Revolver in Marys Hand. Er schrieb einen Zettel. Michail lief sofort nach der angegebenen Adresse. Bierzig Minuten lang hielt Mary den Krepensich unter der Ränderung des Revolvers fest, nur sie und da griff sie nach einer Mandarine, die sie dem Körbchen entnahm und ab, nachdem sie die Schale mit den Zähnen weggebissen hatte.

„Ruhe! Nicht rühren!“ wiederholte sie, während sie an der Mandarine kauete.

„Tante“ versuchte mit allen möglichen Mitteln, sie zu überreden, bald mit beschämenden, bald mit einschmeichelnden Worten, erimerkte sogar an die eigenen Kinder in Moskau — aber Mary blieb unerbittlich, wie eine echte Banditin. Endlich lehrte Michail zurück — er brachte dreißig Tischerwongen, nicht mehr.

## Sun-Tschuan-Fang.



Tausend Streikposten hat er geköpft und doch ist kein Mensch in China so kopflos wie — er!

„Bei Gott, ich habe nicht mehr!“ brüllte „Tante.“ „Nächstesmal, irgendwo, wenn es sich ergibt . . . mit Vergnügen. . . Wie? Zu wenig? Dann schießen Sie! Wenn Sie mit nicht glauben, da kann ich nichts dagegen tun!“

Mary zählte das Geld nach, steckte es in den Strumpf. Sahte zornig den Hut auf:

„Gut, Michail, binde ihn los! Jetzt hören Sie mich an, „Tante“: Wir gehen fort. Sollen Sie uns nachlaufen, schießen wir. . . Sie können in zehn Minuten das Zimmer verlassen.“

„Einverstanden — vorläufig,“ schnaubte der Krepensich und streckte prustend seinen Arm nach einer Orange aus.

Ein paar Tage später wurden die beiden in Sewastopol arretiert. Sie legten sofort ein volles Geständnis ab. Michail meinte und bereute alles, Mary blieb gleichgültig, verächtlich. Man brachte sie nach Leningrad. Und vor Gericht beendete der Verteidiger seine Rede mit folgenden Worten:

„Genossen Richter! Sehen Sie sich den Geschädigten an: Beachten Sie seine enorme, physische Kraft, seine Geistesgegenwärtigkeit, die er bei seinen geschäftlichen Operationen wiederholt bewiesen hat. . . (bei diesen Worten versuchte „Tante“, sich dem Sanitätsgang rascher zu nähern, was im Saale ein allgemeines Lachen auslöste). Und nun sehen Sie auf die beiden halbwegsigen Angeklagten, die durch die Verführungen des Westens betrogen wurden. . . Sie sehen in ihnen nichts als zwei Romaniker der heranwachsenden Generation. Zwei Kinobesucher, die einen Menschen gefesselt haben, der sie beide mit einem Schlag seiner mächtigen Faust wie Fliegen an die Wand drücken konnte. Und die Hauptsache, was ich fast vergaß: der bewußte Revolver war nicht einmal geladen. (Hier warf Mary Michail einen wütenden Blick zu, der den Kopf schuldbehaftet hängen ließ.) Außerdem hätte man aus diesem Revolver beim besten Willen nicht schießen können — er ist total verrostet und war bereits damals gebrauchsunfähig.“

Das Gericht verurteilte Maria Ostolkina und Michail Jeditow zu je fünf Jahren Gefängnis — bedingt.

## Zeitehen.

Im Reichstag wird gegenwärtig über eine Abänderung der Scheidungsgesetze verhandelt, und damit haben unsere Volksboten ein Thema aufgenommen, das heute zu den brennendsten Fragen in allen zivilisierten Ländern gehört. Die „Ehekrise“, von der so viel gesprochen wird, drängt auf Mittel zur Abhilfe, und von besonders lähnen Geistern werden die merkwürdigsten Vorschläge gemacht. So hat z. B. der bekannte englische Dichter Arnold Bennett in einem Aufsatz prophezeit, in naher Zukunft werde man es mit der „Ehe auf Probe“ versuchen, die man freilich nicht so nennen, aber unter irgendeiner Maske einführen werde, denn das größte Unheil in der Ehe komme daher, daß man vorher nicht wissen könne, ob man zueinander passe, und daß das beständige enge Zusammensein auf die Dauer für den modernen Menschen unerträglich sei. Die verschiedentlich vorgeschlagenen „Versuchshe“ ist natürlich eine „Ehe auf Zeit“, und solche Zeitehen hat es als geistliche Einrichtung schon in alten Zeiten und bei verschiedenen Völkern gegeben und gibt es heute noch. Wir werden in ihr allerdings keine ideale Eheform der Zukunft, sondern eher eine primitive Form erblicken müssen, die auf dem Wege von der Vielweiberei zur strengen Ehe geschaffen wurde. Die eigentliche Heimat der Zeitehe ist der Orient. Freilich sehen sich dort gerade jetzt die strengsten Forderungen, die bei uns angefochten werden, immer mehr durch, und in der Türkei, in Japan, auch in Ägypten dringt die Ehe im europäischen Sinne immer mehr vor. In anderen Ländern des Orients hält man an der Zeitehe fest, so z. B. in Persien, wo sie wohl am längsten eingewurzelt ist und schon als ein Erbteil der alten Feueranbetung besteht. Im Lande der Schahs gibt es neben der eigentlichen Ehegattin, der „Midi“, die Möglichkeit, eine „Sige“ zu nehmen, eine Frau, die gegen ein gewisses Entgelt und festgesetzte Entschädigung im Falle der Nachkommenschaft vertraglich auf eine bestimmte Zeit geheiratet wird; sie hat während dieser Zeit, die zwischen einer Stunde und 99 Jahren schwankt, die vollen Rechte der rechtmäßigen Ehefrau; nach Ablauf des Vertrages kann die Zeitehe erneuert werden oder die „Sige“ verläßt ihren Mann, darf aber nicht eher als vier Monate nach der Trennung einen anderen heiraten, da der Mann für die der Ehe entsprossenen Kinder sorgen muß. Diese Zeitehen wurden früher von den Priestern stark begünstigt, da sie ihnen beträchtliche Einnahmen brachten. Eben aus eine Stunde sind besonders auf dem Lande gebräuchlich und werden von den Bäuerinnen gern eingegangen, weil sie ihnen stets ein schönes Gesicht einbringen. Dagegen ist der Vertrag auf 99 Jahre einer Dauerehe gleich und wird nur deshalb angewendet, weil nach dem islamitischen Gesetz nur vier rechtmäßige Gattinnen vorhanden sein dürfen.

Die persische „Zeitehe“ hat große Ähnlichkeit mit der ebenfalls uralten indischen „Gandharwa-Ehe“, die nur von Kriegerern „zu Lust und Liebe“ abgeschlossen werden durfte. Der Krieger war so auf weiten Feldzügen am besten gezwungen, sich eine neue Gattin

neben der alten zu Hause zuzulegen. Eine solche „Genußhe“ auf Zeit war schon bei den Arabern vor Einführung des Islam eingebürgert. Mohammed hat sie genehmigt, und die Schichten haben sie bis heute beibehalten, während sie die Suniten ablehnten. Selbst im heiligen Mekka werden noch solche Zeitehen zwischen den Pilgern und den Töchtern der Stadt geschlossen. In Tibet sind sie ganz üblich. In einem kürzlich erschienenen Werk über die deutsche Expedition nach Ost-Turkestan hat Prof. Le Coq amüsant erzählt, wie die vornehmsten Leute ihm und seinem Begleiter ihre Töchter auf Zeitehe anboten und wie sie sich vor diesem ehrenden Antrag nur dadurch retten konnten, daß sie erklärten, sie würden dafür zu Hause — mit dem Stod ausgezahlt werden. Es gibt sogar Christen, die an der Zeitehe festgehalten haben, und zwar ist das die Sekte der Restorierer, die in der persischen Provinz Herbedschan besonders zahlreich ist. Die Restorierer schließen richtige Ehen für eine bestimmte Zahl von Monaten oder Jahren ab, wobei der Ehemann eine festgesetzte Summe zahlen muß. Häufig zieht auch die ganze Familie der Braut in das Haus des wohlhabenden Zeitgatten, um auf seine Kosten zu leben. Die Zeitehe ist überhaupt eine häufig anzutreffende Einrichtung in den Kolonialländern, besonders in Afrika und der Südsee, wenn ein Europäer eine Verbindung mit einer vornehmen Eingeborenen eingetht. Die Sitte entspricht dem eigenen Gebräuchen der Reger so vollständig, daß niemand etwas dabei findet. Besonders beliebt waren früher die sogenannten „jamaotischen Ehen“, die zuerst auf Samoa eingeführt wurden. Dabei wird keine bestimmte Zeit festgesetzt; es besteht aber eine stillschweigende Uebereinkunft, daß die Ehe gelöst ist, wenn der Fremde das Land verläßt. Die eingeborenen Frauen hängen meist mit großer Zärtlichkeit an ihren weißen Zeitgatten, sind Muster treuer und guter Hausfrauen, und vielfach haben die eingeborenen Zeitfrauen bei Aufständen entschlossen die Partei ihrer Männer ergriffen. So ist die Zeitehe eine alte und weit verbreitete Einrichtung, wobei allerdings die Grenze zwischen rechtmäßig geschlossener Zeitehe und „wilder Ehe“ nicht immer streng zu ziehen ist.

## Wie entsteht das Leuchten.

Ueber diese Frage hielt Prof. Einstein am Mittwochabend im größten Hörsaal der Universität einen öffentlichen Vortrag. Er führte aus, daß vor einem Menschenalter die Physiker sich mit dieser Frage noch nicht oder nicht sehr zu befassen brauchten, denn die elektromagnetische Lichttheorie schien das Verständnis nicht nur für alle elektrischen, sondern auch für alle Strahlungsorgänge des Lichtes erschlossen zu haben. Das wurde anders, als vor 27 Jahren durch die Quantentheorie den Physikern, wie Einstein sich ausdrückte, ein großer Floß ins Ohr gesetzt wurde, dessen Größe allerdings im Anfang so wenig verkannt wurde, daß er vielfach überhaupt nicht beachtet und als nicht vorhanden angesehen wurde. Aber die Quantentheorie, die von den Strahlungserscheinungen ihren Ausgang genommen hatte, feierte bald so große Erfolge und griff so tief und umgestaltend in das physikalische Denken und in die Vorstellung vom Naturgeschehen ein, daß bald niemand mehr an ihre vorübergehen konnte. Allein gerade auf dem Gebiete der Vorkommnisse stellen sich ihre scheinbar unüberwindlichen Widerstände entgegen. Ein Beispiel möge ihre Grundausföassung anschaulich machen: eine Glocke ertönt um so schwächer, je schwächer sie angeschlagen wird, und es besteht keine Grenze der Kleinheit für die Energie, die ihr durch geringes Anschlagen zugeführt werden kann und die sie dann durch leises Tönen wieder von sich gibt. Will man aber irgendwelche Kleinigkeiten, Elektronen oder Atomkerne zum Leuchten, also zum Ausstrahlen von Energie bringen und führt man zu diesem Zweck Strahlungsenergie zu, z. B. einem Gase vermittels eines glühenden Drahtes, so zeigt sich, daß die Energie nicht in beliebigen Mengen aufgenommen und wieder abgegeben wird, sondern unterhalb einer bestimmten kleinen zahlenmäßig angebbaren Menge wird keine Energie aufgenommen und abgegeben, und auch nicht das zweieinhalbfache oder andere Bruchteile, sondern immer nur ganzzahlige Vielfache dieses Quantums. Die Strahlung hat also etwas Blöckliches an sich, die Lichtquanten werden ausgeschleudert wie Flintentugeln oder andere Projektile. Aber eine große Schwierigkeit bieten dieser Auffassung die sogenannten Interferenzerscheinungen, die Erscheinungen beim Zusammenreffen mehrerer Strahlen, die sich nicht immer verstärken, sondern unter Umständen schwächen, sogar bis zum völligen Auslöschen des Lichtes. Hier zeigt die Auffassung von der Wellennatur des Lichtes eine überlegene Stärke über die Auffassung von den Lichtquellen.

Zur Entscheidung zwischen beiden Auffassungen sind eine ganze Reihe geistvoller Versuche erlassen worden, ohne daß es bis jetzt der Quantenauffassung gelungen ist, ein Verständnis ähnlich dem der Wellenauffassung für die Erscheinungen dieses Gebietes zu gewinnen. In vielen anderen Hinsichten aber hat sie sich so sehr bewährt, scheint sie ein so tiefes Verständnis vieler Naturvorgänge zu ermöglichen, daß die Physiker sie kaum aufgeben werden. Daher kommt Einstein zu dem Schluß, daß die Entscheidung nicht zwischen Quantentheorie und Wellentheorie zu wählen ist, sondern daß das Ziel eine Synthese (Vereinigung) beider sein muß, um aus dem unrichtlichen Zustand einer nicht einheitlichen Auffassung des doch sicher einheitlichen Naturgeschehens herauszukommen. Freilich ist diese erstrebte Synthese bis jetzt noch über die Denkraft der Physiker hinausgegangen.

